

heueren geistigen und seelischen Not, die mit dem Hereinströmen von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten und Südosten sich in Deutschland ausbreitete. Die grundlegenden Pläne, welche die Kirchliche Hilfsstelle Frankfurt/Main dem Heiligen Vater unterbreitete, fanden dessen volle Billigung und wirk-same Unterstützung. Die Fuldaer Bischofskonferenz vom August 1946 genehmigte die bereits geleisteten Vorarbeiten, so daß mit 15. November 1946 die St.-Albert-Schule mit zwei Sonderkursen, in welchen heimatlos gewordene Kriegsteilnehmer zum Abitur geführt werden sollten, eröffnet werden konnte.

Heute umfaßt das St.-Albert-Kolleg ein theologisch-philosophisches Studium, in dessen Rahmen 6 Dozenten und geistliche Erzieher 63 Studierenden in den grundlegenden Disziplinen des theologischen Studiums unterweisen. Das St.-Albert-Realgymnasium (mit gymnasialem Zweig) ist mit seinen bereits bestehenden obersten fünf Klassen zur Heimstätte für 210 Schüler geworden. An der Anstalt wirken 11 hauptamtliche Lehrkräfte. Insgesamt haben im St.-Albert-Kolleg gegenwärtig 430 Menschen Unterkunft und Arbeit bzw. Gelegenheit zur Vollendung ihrer durch den Krieg und seine Folgen unterbrochenen Studien gefunden. Hochschüler und Gymnasialisten, Schwestern, Erzieher, Lehrer, Angestellte und Hauspersonal mit ihren Familien sind fast ausnahmslos Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus dem Osten und Südosten. Der überwiegende Teil der Schüler will sich dem Priesterberuf widmen. Mittellosigkeit ist für die Zulassung zum Studium kein Hindernis. Die Unterrichtserfolge sind trotz aller Aufbauschwierigkeiten und der vielen zeitbedingten Sorgen ungemein erfreulich. Den besten Beweis hierfür erbrachte der Studienabschluß der beiden Sonderkurse. Bei den Prüfungen am 17. Mai und 7./8. November 1947, die unter dem Vorsitz von Frau Regierungs- und Schulrätin Dr. Hillmann vom Hessischen Kultusministerium abgehalten wurden, bestanden alle 49 Teilnehmer das Abitur und zwar 5 mit Auszeichnung und 22 weitere mit „gut“. Mitte November wurde nun an der St.-Albert-Schule eine weitere Klasse (4. Schuljahr) mit 30 Schülern eröffnet, so daß die Gesamtzahl der in Königstein Studierenden jetzt 303 beträgt.

## Meldungen aus der katholischen Welt

### Aus Süd- und Westeuropa

#### Der Preis des wahren Friedens

Der Hl. Vater empfing am Vorabend des Waffenstillstandstages (von 1918) eine Gruppe amerikanischer Senatoren und benutzte den Anlaß, um einiges über den „Preis“ eines wahren Friedens zu sagen. Er führte aus:

„Wir entbieten den ehrenwerten Mitgliedern des Senates der USA. einen aufrichtigen Willkommgruß. Wir sind daran erinnert worden, daß es der Vorabend eines Tages ist, den euer nationaler Kalender als besonders bedeutungsvoll in der neueren Geschichte vermerkt. Für jene, die 30 Jahre und mehr zurückblicken, ist es sicherlich ein Tag voller Erinnerungen: Erinnerungen an schreckliche Schlachtszenen und an ein scheinbar endloses Abwarten angsterfüllter Mütter; Erinnerungen an einen spontanen, grenzenlosen Jubel, der für einen Au-

genblick Trauer und unwiederbringliche Verluste zu deckte und der mit den vergehenden Jahren verglichen werden mußte, um eine nüchterne — oder sollen Wir hinzufügen, düstere? — Besinnung auf den Preis und die Früchte des Sieges zustandezubringen, d. h. des Sieges im Kriege.

Denn es gibt einen Sieg, der Dividenden zahlt, sichere und hohe Dividenden. Es ist der Sieg über Haß und Mißtrauen, die Schranken aufrichten zwischen den Völkern, die einzig Frieden und Eintracht brauchen; der Sieg über eine skrupellose Gier, welche stufenweise die menschliche Vernunft stumpf machen kann gegen die Stimme der Menschenrechte und so die Saat des Konfliktes ausstößt daheim und draußen.

Was für eine Hilfe für die leidende Menschheit, wie ermutigend, wie weise würde es sein, wenn die Führer der Völker im Bewußtsein der heiligen Verantwortungen den kommenden Geschlechtern gegenüber, am hohen Entschlusse mitwirken würden, die Hilfsmittel ihres Geistes und ihrer Industrie für die Erreichung dieses Sieges einzusetzen. Das ist durchaus im Bereiche der Möglichkeit, wenn nur demütig das göttliche Gebot der Gerechtigkeit und der Liebe beobachtet wird. Möge Gottes liebende Gnade die Dunkelheit durchdringen, in welche menschliche Torheit den Menschen oft kommen läßt, und seinen Pfad erhellen, damit alle erkennen, was zu bleibender Eintracht und dauerhaftem Frieden führt. Das ist unser inniges Gebet, wenn Wir Gottes Segen auf Sie und Ihre Lieben all zuhause herabrufen.

#### Neuer Präfekt der Ritenkongregation

Als Nachfolger des verstorbenen Kardinals Salotti wurde *Kardinal Micara* zum Präfekten der Heiligen Ritenkongregation ernannt. Der Kardinal, der im 68. Lebensjahr steht und fast sein ganzes Leben im diplomatischen Dienste des Heiligen Stuhles verbracht hat, gehört zu den Kardinälen, die auf dem letzten Konsistorium im März 1946 ernannt worden sind. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges war er päpstlicher Nuntius in Belgien, wurde aber von den Nationalsozialisten ausgewiesen und kehrte erst nach der Befreiung Belgiens nach Brüssel zurück.

#### Eine Thomistische Bibliographie 1920—40

Als Ergänzungsabend zum XXI. Jahrgang der amerikanischen Zeitschrift für scholastische Philosophie „The Modern Schoolman“ ist 1945 eine Bibliographie aller Schriften, die von 1920 bis 1940 über Fragen des Thomismus erschienen sind, herausgekommen (*Vernoun J. Bourke, Thomistic Bibliography 1920—1940*, St. Louis 1945). Es handelt sich also um eine Weiterführung der *Bibliographie Thomiste* von Mandonnet-Destrez, die ja bis zum Jahre 1920 reicht. Während aber das Werk von Mandonnet-Destrez, das das ganze 19. Jahrhundert und die ersten zwanzig Jahre des 20. Jahrhunderts umfaßt, 2 219 Titel nennt, enthält die Bibliographie Dr. Bourke's für den Zeitraum von nur zwanzig Jahren im ganzen 4 760 Titel.

#### Italienische Bischöfe für die Stärkung der Katholischen Arbeitervereine

In Italien ist, wie in Frankreich, die Arbeiterschaft gegenwärtig von starken Unruhen erfaßt. Daß die Kirche in lebhaftester Sorge um das Geschick der breiten Arbeitermassen ist, beweist unter anderem eine Veröffentlichung der Diözesanzeitung von Genua

(Rivista Diocesana Genovese), die folgenden Wortlaut hat:

„Der Erzbischof und die Bischöfe der ligurischen Kirchenprovinz haben bei ihrer Zusammenkunft beschlossen, dem ganzen Klerus bekannt zu geben, daß sich im gegenwärtigen schwierigen Augenblick, wenn auch nichts im Bereich der katholischen Vereine außer Acht gelassen werden darf, die erste, opferbereiteste und entschlossenste Sorge dem Sektor der Arbeiter aller Art zuwenden muß, d. h., daß vor allem die „christlichen Vereine der italienischen Arbeiter“ (ACLI) gestärkt werden müssen.

Die Bischöfe sind überzeugt davon, daß mit Hingebung daran gearbeitet werden muß, die menschliche und christliche Würde des Arbeiters zu schützen. Sie weisen auf die doppelte Gefahr hin, die tatsächlich den Arbeiter bedroht. Einerseits würde die Verwirklichung der marxistischen Theorien, die alles einordnet und mechanisiert, alles einer eisernen und oft geheimnisvollen Disziplin unterwirft, die vor keinem Mittel zurückschreckt, um ihr Ziel zu erreichen, ohne weiteres das Ende des freien Arbeiters bedeuten; andererseits würde das Fehlen eines Schutzes und einer bewußten Organisation ihn der Allmacht des Geldes ausliefern.

Vor der einen wie der anderen Gefahr muß der Arbeiter gerettet werden, und das ist die Aufgabe der ACLI.

Wie wahr das ist, was die Bischöfe behaupten, zeigt sich nur zu deutlich in der Tatsache, daß riesige Arbeitermassen durch den Einfluß und die Berechnung weniger dazu gezwungen werden, Haltungen anzunehmen, die den armen Leuten außerordentlich schaden, weil sie dem Wirtschaftsleben der Nation schaden, Haltungen, die den erstrebten Zielen nichts nützen, von den meisten nur gerade geduldet, von vielen verurteilt werden. Tatsächlich ist es auch offenkundig, daß die klugen moralischen Regeln für die Streiks nicht als befolgt angesehen werden können.

Die Bischöfe nehmen die Gelegenheit, die sich ihnen bietet, wahr, um in ausdrücklicher Weise zu betonen, daß die ACLI vollkommen apolitisch sind und kein der bürgerlichen Freiheit, der Loyalität, der Gerechtigkeit, der Ehre und der ehrlichen sozialen Zusammenarbeit widersprechendes Ziel verfolgen.

Wenn die Bischöfe sich mit den Arbeitern befassen, so nur, weil sie deren Seelen Gott und der christlichen Liebe erhalten wollen und nicht untätig ihrem materiellen und geistigen Verderben zusehen können. Sie haben keine Interessen zu verteidigen und können darum lieben; sie haben eine Pflicht zu erfüllen und können darum niemanden fürchten.

Aus allen diesen Gründen fordern die Bischöfe die Pfarrer, die Gemeinden, alle religiösen Vereine, die Vereine der Katholischen Aktion und die diesen angeschlossenen auf, im Bereich des Möglichen der Gründung, Organisation und Erweiterung der ACLI jede moralische und materielle Unterstützung, jede brüderliche Ermutigung zuteil werden zu lassen. Sie fordern alle, denen es möglich ist, auf, auf die Mahnung zu einer sozialen Ordnung der Gerechtigkeit zu hören, indem sie eine Vereinigung unterstützen, die gewiß an die geheiligten Rechte des Arbeiters glaubt, aber auch an das Gesetz Gottes, an die Menschheit, an die Erziehung und an die Schönheit. Sie erinnern alle daran, daß niemand sich der Pflicht entziehen kann, den Glauben und menschliche Sitten der

Menschen untereinander zu verteidigen. Sie fordern für den, der an Gott glaubt, energisch das Recht der ehrenhaften Verteidigung.

Zur konkreten Verwirklichung dieser Gedanken stellen die Bischöfe der ligurischen Kirchenprovinz folgende Richtlinien auf:

1. Wo Lokale existieren, die katholischen Arbeiterverbänden gehören, sollen geeignete und annehmbare Abkommen getroffen werden, daß sie von den Gruppen der ACLI benutzt werden können.
2. Die katholischen Vereine sollen, wenn immer sie darum gebeten werden und so weit es sich mit ihrem Zweck verträgt, die ACLI auf jede Weise fördern und ihnen vor allem ihre Mitglieder nicht vorenthalten, die der Arbeiterorganisation irgendwelche besonderen Lehren erteilen können.
3. Da die ACLI auf Grund ihrer besonderen Natur und Absicht eine Provinzialorganisation hat, kommen die Bischöfe überein, die seelsorgerliche Hilfe für das Provinzialzentrum in jeder Hinsicht dem Ordinariat der Provinzhauptstadt zu übertragen, mit dem der interessierte Bischof direkte Abkommen treffen wird, wie es bereits in den Statuten und in der Praxis des Verbandes üblich ist. Und da aus dem gleichen Grunde die lokalen Gruppen nicht immer mit den Pfarren zusammenfallen können, verfügen sie, daß die Pfarrer, in deren Pfarre keine Gruppe besteht, nach Maßgabe ihrer Kräfte und ohne partikularistische Ziele zu verfolgen, an der Blüte der Gruppe mitzuarbeiten, die ihren Sitz im Hauptort oder in dem seiner Lage nach günstigsten Ort hat“.

**Eine internationale katholische Konferenz in San Sebastian** 8.—13. September 1947 zu einer internationalen katholischen Konferenz in

San Sebastian eingeladen, die von Vertretern aus mehr als 20 Staaten nicht nur Europas, sondern auch Nord- und Südamerikas besucht wurde. Das Besondere der Konferenz war, daß sie nicht von Vorträgen ausgefüllt wurde, sondern der Hauptteil der Zeit einer ergiebigen Besprechung der vier aufgestellten Themen widmete, die nur in vier Referaten von jeweils 20 Minuten kurz dargestellt wurden.

Die Themen lauteten:

1. das evangelische Gebot der Nächstenliebe unter den Christen als Element der internationalen Solidarität.
2. Ein für alle Katholiken der Welt gültiges Aktionsprogramm.
3. Von der Sendung der katholischen Intellektuellen zur Wiederherstellung der geistigen Einheit.
4. Die materielle Hilfeleistung unter den Katholiken.

Über das Ergebnis der Besprechungen berichtet Dr. James Schwerzenbach in der „Schweizer Rundschau“ (November 1947) folgendermaßen:

„Die internationale Völkergemeinschaft besteht nicht mehr aus christlichen Staaten, in deren Mitte auch die Katholiken mehr oder minder zahlreich vertreten sind. So können die Katholiken nicht mehr als staatliche, sondern nur noch als individuelle Gruppen am Ziele der Völkerverständigung mitwirken. Damit die Lehre Christi zum Element der universellen Verständigung unter den Völkern wird, gilt es, sich auf gewisse Werte zu besinnen, die sich aus dem Wirken des Heiligen Geistes unter den Menschen herausgeschält haben, worunter der bedeutendste die Brüderlichkeit aller Menschen ist. Die

Errichtung einer internationalen Ordnung der Gerechtigkeit hängt daher ausschließlich von der Förderung dieses Geistes der Brüderlichkeit ab, worin die Katholiken vielfach empfindlich versagt haben. Man denke an den störenden Nationalismus in der katholischen Missionsarbeit oder in der Haltung der meisten führenden katholischen Persönlichkeiten in den großen internationalen Konflikten des 20. Jahrhunderts. Zur Erreichung dieses Zieles müssen die Katholiken alle Organisationen unterstützen, die dieses Ziel der Brüderlichkeit zur Grundlage ihrer Arbeit genommen haben, sofern diese Organisationen wirklich neutral sind und der katholischen Lehre jene Achtung zollen, die ihr gebührt. Um aber in solchen Organen Einfluß zu gewinnen und sich an den richtigen Platz zu setzen, ist die Errichtung einer katholischen Internationale unerlässlich. Denn nur so können die schädlichen Einflüsse der andern, schon bestehenden antichristlichen Internationalen eingedämmt werden.

Das gemeinsame Aktionsprogramm der Katholiken aller Länder ist eigentlich durch die politischen und sozialen Richtlinien der päpstlichen Enzykliken bereits gegeben. Es handelt sich darum, gestützt auf jene Wegweisungen ein grundsätzliches Programm katholischer Politik aufzustellen, welches für alle Länder, natürlich in Berücksichtigung ihrer historischen und kulturellen Eigenarten, Geltung haben soll.

Die gegebenen Instrumente zur Wiederherstellung der geistigen Einheit sind die katholischen Universitäten, die gefördert und unterstützt werden sollen. Mit Nachdruck wurde übereinstimmend auf den Wert der thomistischen Philosophie verwiesen, als einem Ferment zur Erreichung der katholischen Geistesinheit und zur Überwindung aller jener Denkrichtungen, die zum Tode führen.

Die materielle Hilfeleistung unter den Katholiken erstreckt sich weit über das bloße Karitative. Zahlreiche Referate von berufenen Rednern gewährten einen Einblick in die materielle und seelische Not aller jener entwurzelten und heimatlosen Katholiken, der sogenannten Displaced Persons, deren Zahl in die Millionen geht. Ebenso groß ist die Not in Deutschland und Österreich, ganz abgesehen von den katholischen Staaten, die sich heute hinter dem eisernen Vorhang befinden. Sehr günstig aufgenommen wurde die Anregung, daß die ganze Weltkirche jährlich eine eigene Woche einschalten solle, in welcher von allen Kanzeln immer wieder auf dieses materielle Elend hingewiesen werde, um so die notwendigen Gelder und geistigen Abwehrkräfte zu mobilisieren.“

#### Kundgebung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs

Die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs hielten vom 15. bis 17. Oktober 1947 ihre alljährliche Zusammenkunft

in Paris. Auf dieser Zusammenkunft haben sie auf Anregung von Kardinal Suhard eine Kundgebung zu drei Fragen erlassen, die ihnen besonders wichtig erschienen. Sie betonen noch einmal, daß sie unverbrüchlich an dem *Prinzip der Konfessionellen Schule* festhalten und fordern auch alle Gläubigen, besonders aber die christlichen Familien, auf, sich für die freien Schulen und ihre Unterstützung durch die Regierung einzusetzen. Dabei wird jedoch ausdrücklich betont, daß es der Wunsch der Bischöfe ist, daß dieser Kampf um die freie

Schule im Geiste des Friedens und ohne jede feindselige Haltung gegenüber der öffentlichen Schulen geführt wird. Ja, es wird besonders dazu aufgefordert, keine Gelegenheit zu einer engeren Fühlungnahme zwischen den Geistlichen und den Lehrern der öffentlichen Schulen zu versäumen.

Der zweite Punkt, auf den die Kardinäle und Erzbischöfe hinweisen, ist die Notwendigkeit der *Aufrechterhaltung des missionarischen Geistes* in der französischen Kirche. Sie sagen zu diesem Punkt: „In der Stunde, wo das fünfzigjährige Gedenken des Todes der Heiligen Therese vom Kinde Jesus, der Patronin der Missionen und der Patronin Frankreichs in Lisieux zu Ende geht, erinnert die Versammlung den Klerus und die Gläubigen an die dringende Pflicht für jeden Christen, der sich seiner bei der Taufe und der Firmung übernommenen Pflichten bewußt ist, von missionarischem Geiste beseelt zu sein. Das schmerzliche Bild so vieler unserer Volksgenossen, die die Kirche nicht kennen, muß in uns unaufhörlich den Willen erwecken, sie zur Erkenntnis der frohen Botschaft zu führen.“

Kein Priester und Hirte der Seelen darf jemals vergessen, daß er vor Gott für alle Menschen verantwortlich ist, die im Gebiete seiner Pfarrei leben. Das ist für ihn eine ernste Verpflichtung, alles zu tun, um entweder selber oder durch die Militanten der Katholischen Aktion an sie heranzukommen.

Den Militanten der Katholischen Aktion fällt die Aufgabe zu, in alle Milieus unserer christlichen Gesellschaft das Zeugnis des in seiner Fülle gelebten christlichen Lebens zu tragen. Ihr Apostolat wird in dem Maße fruchtbar sein, in dem sie sich ohne Furcht den legitimen Werten der heutigen Welt aufgeschlossen und verständnisvoll zeigen. Jedoch dürfen Priester und Militanten nicht vergessen, daß der vertrauens- und achtungsvolle Gehorsam gegen ihren Bischof ihre Pflicht ist, die sie davor bewahrt, bei den großmütigen Initiativen, die ihnen der missionarische Geist diktiert, irre zu gehen.“

Der dritte Punkt, der den Kardinälen und Erzbischöfen am Herzen liegt, ist die *christliche Solidarität*. Zu diesem Punkt sagen sie: „Einige Tage nach der in allen Kirchen veranstalteten Sammlung für das katholische Hilfswerk erläßt die Versammlung an alle Christen den dringenden Aufruf zu brüderlicher Liebe. Zu Beginn eines Winters, der besonders schwer zu werden droht, müssen wir uns darum bemühen, einander zu helfen. Die Egoisten, die versuchen wollten, sich aus dem allgemeinen Leiden herauszuhalten, würden sich eine schwere Schuld zuziehen. Eine noch schwerere Schuld würden sich die zuziehen, die versuchen, aus der Unordnung der Wirtschaft Nutzen zu ziehen, um ungerechte und übermäßige Gewinne zu erzielen, die eine Herausforderung gegenüber dem Elend der größeren Masse des Volkes sind. Ein wahrer Christ verabscheut eine solche Haltung, denn er kennt das Wort des Heilandes: „An der Liebe, die ihr untereinander habt, wird man erkennen, daß ihr meine Jünger seid“. Vor der unbestreitbaren Krise der Sittlichkeit, die zur Zeit in allen Schichten der Gesellschaft herrscht, hält es die Versammlung für ihre Pflicht, daran zu erinnern, daß alle, auch die gerechtfertigsten strukturellen Reformen unwirksam bleiben müssen, wenn man weiter das Gewissen der Bürger allen geistigen Idealen fernhält und sie jeden religiösen Lebens beraubt. Es ist heute die Aufgabe der Katholiken, durch ihr per-

sönliches und kollektives Verhalten inmitten ihrer Volksgenossen diese Wahrheit unter Beweis zu stellen."

**Erleichterungen des Nüchternheitsgebots für die französischen Katholiken**

Die Offiziumskongregation hat unter ausdrücklicher Berufung auf den durch die Folgen des Krieges und die schwierige Ernährungslage bedingten schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung den französischen Katholiken bedeutsame Erleichterungen hinsichtlich des Nüchternheitsgebotes vor dem Empfang der heiligen Sakramente zugestanden und auch, ähnlich wie schon vorher in Belgien, die Zelebrierung von Nachmittagsmessen gestattet. Nach dieser Verfügung ist es den Priestern, die die Heilige Messe nach neun Uhr zelebrieren, und den Gläubigen, die die Heilige Kommunion nach neun Uhr empfangen wollen, gestattet, bis eine Stunde vor der Kommunion nichtalkoholische Getränke zu sich zu nehmen. Die gleiche Vergünstigung genießen Priester und Gläubige, wenn sie vor der Messe bzw. vor der Kommunion einen langen Weg zurücklegen oder schwere Arbeiten verrichten müssen. Die Einnahme von festen Speisen und alkoholischen Getränken bleibt jedoch weiterhin untersagt. Außerdem stellt es der Heilige Vater den Bischöfen anheim, ob sie an gebotenen Feiertagen die Abhaltung von Nachmittagsmessen gestatten wollen. Dies gilt für folgende Fälle: 1. Für Priester, die infolge des Priestermangels in Frankreich drei oder vier Pfarreien zu versorgen haben, wenn die Messe in diesen Pfarreien wegen der Erschöpfung des Priesters oder wegen der großen Entfernung, die er zurücklegen muß, nicht vor Mittag gefeiert werden kann. 2. Für Pfarreien, in denen eine diese Maßnahme rechtfertigende Anzahl von Gläubigen wegen Morgenarbeit oder Beschäftigung in öffentlichen Diensten ihre Sonntagspflicht vormittags nicht erfüllen können. Priester und Gläubige, die kommunizieren wollen, müssen sich in den letzten drei Stunden vor der Messe jeglicher fester Nahrung und eine Stunde vorher aller Getränke und Medikamente enthalten. Der Genuß von alkoholischen Getränken ist auch in diesem Falle durchaus untersagt.

Die Erleichterungen gelten für die Dauer eines Jahres. Nach Ablauf dieses Jahres müssen die französischen Bischöfe dem Heiligen Vater Bericht über den Erfolg dieser Maßnahmen erstatten.

**Priestergemeinschaften in Frankreich**

Auf dem französischen Diözesankongreß in Lille war ein Tag ausschließlich der Versammlung der anwesenden

Priester vorbehalten. Zur Debatte standen die „Equipes“, die Arbeits- und Lebensgemeinschaften französischer Priester. Den Vorsitz des Tages führte Kardinal Liénart inmitten zahlreicher hoher Würdenträger der katholischen Kirche Frankreichs. Einleitend wurde betont, daß es heute gilt, einer individualistischen Auffassung des Priestertums den Kampf anzusagen, denn das Priestertum der Kirche ist begründet durch einen einzigen Priester, Christus. In der Kirche nimmt es als Einheit teil an den religiösen und apostolischen Aufgaben des Bischofs, ist es Symbol der Einheit. Die Einheit der Priester Christi mit ihrem Bischof begründet ihre Einheit untereinander. Darüber hinaus eint sie Christus als derjenige, der ihnen ihre verschiedenen Aufgaben zuweist. Das Priestertum ist Zeuge der Einheit und der Wirkkraft der Einheit, es ist es durch sein Tun am eucharistischen und mystischen Christus.

Die Versuche, die bisher unternommen wurden, diese Einheit sichtbar werden zu lassen, wurden dann geschildert: Frankreich steht in der Entchristlichung und der Klerus trägt — wenn auch unbewußt — einen Teil der Verantwortung. Von dorthier entsteht die Frage nach der apostolischen Wirksamkeit der „Equipes“ katholischer Priester.

Es scheint, daß man die Gemeinschaftsbestrebungen in zwei Richtungen einteilen kann, je nachdem, ob man die Betonung mehr auf das Priestertum oder auf das Gottesreich legt. Die erste Richtung läßt sich zusammenfassen in den Satz: „Das Innenleben des Priesters macht die Wirksamkeit des Apostolats aus“. Dahinter steht eine mönchische Idee des Gemeinschaftslebens, soweit sie für Weltpriester zu verwirklichen ist. Die äußere Aktivität des Priesters erscheint hier als eine Gefahr für die geistige Konzentration im Religiösen. Die zweite Richtung dagegen könnte man etwa umgekehrt formulieren: „Das Apostolat ist die Quelle allen inneren Lebens“. Der Priester ist zuerst Apostel des Gottesreiches, alles Apostolat aber, als Stück der Liebe Christi, weckt und heiligt zugleich sein eigenes Innenleben und das der „Equipe“. Die „Equipe“ und die „Mission“ sind wiedererstanden aus missionarischem Geist und nicht aus monastischem. Hier ist es vor allem aufgetragen, das Gottesreich zu bauen und nicht die persönliche Religiosität des Priesters.

In der Praxis befruchten sich beide Richtungen gegenseitig. Die eine wagt, die Wirksamkeit des Priesters zu beschneiden, die andere seine Frömmigkeit. Das Gottesreich würde sowohl unter zu strenger Zurückgezogenheit leiden als auch unter naturalistischem Aktivismus. Den wahren Priester verbindet sein Tun mit Gott, denn es ist keiner Priester, der nicht fromm ist. Alles wirkliche Apostolat muß im Lobpreis Gottes münden, während eine rein individualistische Frömmigkeit falsch ist. Der Geist der „Equipe“ entspricht durch seine übernatürliche Beziehung jedem Priesterdasein, wo es auch sei, denn die „Equipe“ ist keine gedankliche Konstruktion noch bloße Kameradschaft. Doch bedarf das Gemeinschaftsleben der Freiwilligkeit. Die sich so im evangelischen Geist zusammenfinden, sollen sich dann für das Gottesreich einsetzen. Jede Gemeinschaft der „Equipe“ ist eine gnadenhafte, die ihren Gliedern sein will, was in dem Wort enthalten ist: „Ich liebe nicht die schweren Lasten, sagt der Herr, sie hindern das Voranschreiten“.

Das Streben nach Priestergemeinschaften übt gegenwärtig einen tiefen Einfluß auf den französischen Klerus aus; man arbeitet vielerorts in Priestergemeinschaften oder in der „Mission“, man lebt in Wohn- und Tischgemeinschaften.

Schwierigkeiten für dieses Gemeinschaftsleben erwachsen aus der Verschiedenheit des Alters und der Mentalität, der Auffassung des Amtes und der Arbeitsmethoden. Es wird daher in der Achtung der Liebe ein tiefes Bemühen um gegenseitiges Verstehen nötig sein, um wahre und fruchtbare Priestergemeinschaften ins Leben zu rufen.

**Robert Morel über die Aufgaben des modernen Romans**

Die französische literarische Zeitung „Les Nouvelles Littéraires“ hat unter den bekanntesten französischen Schriftstellern eine Rundfrage über das Thema „Gibt es eine Krise des französischen Romanes?“ durchgeführt. Inner-

halb dieser Rundfrage äußert sich auch der junge katholische Dichter Robert Morel. Er sagt:

„Wenn ich einen Roman schreibe, so geschieht das nicht, um einen Roman zu schreiben. Ich erfülle vielmehr das Amt eines Zeugen und zwar der Erde und des Himmels. Mein Schutzheiliger dabei ist der Täufer. Was ich weiß ist, daß Frankreich ein Heer außerordentlicher junger Romanschriftsteller hat, in die ich in Bezug auf das einzige Gut, das wirklich von Wert ist, nämlich den Sieg des Geistes, volles Vertrauen habe. Sie schreiben Romane, die Beunruhigung bringen, die einen verfolgen, die einen nicht in Ruhe lassen und die einen zuweilen außer sich bringen. Sie haben dem Menschentypus, der schläft oder der sich die Nägel kaut, den Krieg erklärt. Sie haben allen Eseln und Soldaten den Krieg erklärt, und zwar um zum Menschen zurückzufinden. Die Verleger folgen dieser neuen Generation sehr gut und unterstützen sie auf eine kühne Weise. Und dafür muß ich ihnen diesmal Anerkennung zollen. Die Buchhändler spielen Freibeuter und folgen nicht. Sie stehen auf der Seite des „wohlmeinenden Publikums“ von rechts und von links. Sie ziehen den Kaugummi vor.

Mir jedoch würde es heute wegen des Zustandes der Welt und der Geister als ein häßlicher Egoismus erscheinen, einen Roman nur um des Vergnügens willen zu schreiben. Und so nenne ich zum Schluß als Meister des gegenwärtigen Romanes, des Romans, der dieser Zeit notwendig ist und der auf die Dauer die Gewissen zwingen wird, so nenne ich also als Meister des Romanes die Menschen, die mit Gott das Alte und Neue Testament verfaßt haben. Ja, dort ist Gott noch der Meister, und um diesem Geiste nahe zu sein und diese Position zu betonen, habe ich die Erzählungen meines Buches „Manière de Vivre“, die wohl einen Roman hätte abgeben können, „Gleichnisse“ genannt und habe gleichzeitig für „Vous Aurez“, mein letztes Buch, das eine Warnung ist, den Titel Roman in Anspruch genommen. Wenn ich unrecht habe, so ist es an den anderen, darauf eine Antwort zu geben...“

**Grundsätze gerechter internationaler Beziehungen** Kardinal Griffin sprach am 2. Dezember 1947 anlässlich seines Besuches in Dänemark zu einer Katholikenversammlung in Kopenhagen. In dieser Ansprache legte er zum Schluß folgende vier Prinzipien für die Errichtung gerechter internationaler Beziehungen fest:

1. Die Rechte der menschlichen Person entstammen nicht der Mitgliedschaft zu irgend einem Staate oder einer Partei, sondern der Mitgliedschaft am Menschengeschlechte.
2. Alle Autorität kommt von Gott und die so viel besprochene Bruderschaft der Menschen hat keinen Sinn, solange sie nicht begründet ist auf der Vaterschaft Gottes.
3. Gottes Handeln mit den Menschen spiegelt nicht nur die Gerechtigkeit Gottes wider, sondern vor allem die Liebe Gottes. Daher müssen gesunde internationale Beziehungen von der Liebe beseelt sein.
4. Gerechtigkeit und Liebe verlangen, daß die Mächtigen die Schwachen nicht unterdrücken. Infolgedessen muß das Wohlergehen und das Gedeihen jeder Rasse und jeder Nation das Anliegen aller sein.“

Der Kardinal beschloß seine Ansprache mit folgendem Satz: „Und zum Schluß möchte ich sagen, daß die Friedenskonferenz ein Familienrat sein sollte.“

**Verteidigung der abendländischen Kultur?**

In der englischen katholischen Wochenzeitung „Catholic Herald“ fragt

Robert Speaight, was für den Katholiken in der augenblicklichen Situation die Verteidigung der abendländischen Kultur, die die Schwert des Geistes-Bewegung in England und ihr Führer, der englische Kulturphilosoph Christopher Dawson immer wieder als ihr Hauptanliegen nennen, bedeuten könne. Er geht aus von der Frage, worin die Einheit der Katholiken in Europa denn eigentlich bestünde. Nach seiner Meinung ist die sichtbare Einheit der Kirche streng beschränkt auf Fragen des Glaubens und der Sittenlehre. So haben die Katholiken also, wenn sie im öffentlichen Leben stehen, klare Prinzipien und feste Glaubenssätze, aber in der Anwendung dieser Grundsätze auf konkrete Situationen und in der Wahl der Mittel zu ihrer Verwirklichung ist ihnen ein breites Feld der freien Wahl überlassen. Die Stellungnahme der einzelnen Katholiken zu konkreten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen kann also jeweils durchaus verschieden sein. „Es hat“, so sagt Speaight, „in den letzten zehn Jahren keine große internationale Frage gegeben, in der alle englischen Katholiken einig gewesen wären und zwar handelt es sich hier durchaus um tiefgläubige und einsichtsvolle Männer.“ Er zieht dann die Folgerung, daß es zwei Irrtümer gebe, vor der die englischen Katholiken sich zu hüten hätten, nämlich einmal die Annahme, daß das, was sie unter abendländischer Kultur verstehen, in irgend einem exakten Sinn christlich oder gar katholisch genannt werden könne. Alles was über diese Kultur gesagt werden kann, ist, daß die katholische Religion, zusammen mit der römischen Idee des Rechtes und der griechischen Idee der Freiheit dazu beigetragen habe, ihre Lebensform zu gestalten. Aber dieser Einfluß des Katholizismus ist immer mehr geschwunden und vielerorts durch den Abfall der Moderne gänzlich beseitigt. Das Anliegen der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Grundlehren der abendländischen Kultur, die Speaight selber vertritt, kann also nicht ohne weiteres als ein christliches Anliegen bezeichnet werden. Selbst wenn es gelänge, einen Staat aufzubauen, der christlich genannt werden könnte, dürfte diese christliche Lebensform nicht mit dem Christentum selber identifiziert werden, das vielerlei Möglichkeiten solcher Lebensform gutheißen kann. Die Identität einer spezifischen christlichen Lebensform mit dem Christentum an sich dürfte mit Recht „politischer Katholizismus“ genannt werden. Diese Grundsätze gelten vor allem für die gegenwärtige Auseinandersetzung zwischen Osten und Westen, die nicht zusammenfällt mit einer Auseinandersetzung zwischen Christentum und Antichristentum. Beide Lebensformen enthalten ebenso positive wie negative Elemente. „Wenn“, so sagt Speaight, „wir behaupten, daß hinter dem Egoismus des abendländischen Materialismus der Glaube steht, daß der Mensch Individuum ist, so sollten wir auch lernen, hinter der Brutalität des östlichen Kollektivismus den Glauben zu sehen, daß die Menschheit eine Einheit ist... Wir dürfen nicht in dem Glauben stecken bleiben, daß Kultur nur etwas ist, was man verteidigen muß, die Kultur ist vielmehr und viel dringlicher etwas, was gebaut werden muß... Gerade der Christ sollte in der Avantgarde der Geschichte stehen... Er sollte am meisten bereit sein, niederzureißen und von neuem zu beginnen.“

Auf diesen Aufsatz von Robert Speaight hat Christopher Dawson mit einem kurzen Brief geantwortet, in dem er sagt, daß er mit den wesentlichen Thesen Speaight's übereinstimme, aber doch glaube, davor warnen zu müssen, die Idee von dem christlichen Charakter der abendländischen Kultur als sinnlos zu bezeichnen. „Eine Kultur“, so sagt er, „ist immer eine Summe geistiger, sittlicher und geistlicher Werte, und ihre grundlegenden Probleme gehören immer der Ordnung des Geistes an. Nun sind aber alle positiven Werte der abendländischen Kultur immer christliche Werte gewesen, und wenn wir versuchen, diese Kultur vollständig und radikal zu säkularisieren, so werden wir finden, daß nichts davon übrig bleibt als das Gespenst des europäischen Nihilismus. Wir müssen uns davor hüten, das Religiöse auf das individuelle Bewußtsein zu beschränken. Es erfaßt vielmehr auch den ganzen sozialen Bereich. So ist die Religion eine ungeheure soziale Wirklichkeit, die tiefen Einfluß hat auf das Leben und Denken auch des Durchschnittsmenschen, selbst wenn er sich dessen nicht bewußt ist. Es ist daher nicht sinnlos, dafür zu kämpfen, daß das Christentum die Grundlage der abendländischen Kultur bleibt“.

**Sozialvereinigung  
irischer Priester**

Die „Christus Rex Society“ ist eine Vereinigung irischer Priester, die sich zum Studium der Soziallehre der Kirche und zu ihrer Verkündigung zusammengeschlossen haben. Darüber hinaus soll sie die Priester, die in den Pfarreien über das ganze Land verstreut sind, in ihrer sozialen Arbeit verbinden, den Gedanken- und Erfahrungsaustausch fördern und den Priestern in allen Formen ihrer Sozialarbeit beistehen. Die Vereinigung steht allen Priestern offen, die an sozialer Arbeit interessiert sind. Als Mittel des Gedankenaustausches hat die Vereinigung eine jährliche Generalversammlung, Rundbriefe und eine Informationsstelle eingerichtet, die den Mitgliedern Fragen über das soziale Problem beantwortet.

Die Vereinigung „Christus Rex“ nahm ihren Ausgang von St. Patrick's College in Maynooth, wo eine Anzahl neu ordinierte Priester im September 1941 beschloß, auf diese Art die sozialen Gruppen und Arbeitsgemeinschaften ihrer Studienzeit in der praktischen Seelsorgearbeit beizubehalten. Von St. Patrick's College sind der Vereinigung dann jährlich durch neu geweihte Priester weitere Mitglieder zugewachsen. Hier wurde, vor allem in der sozialen Jugendarbeit, die Tätigkeit kleinerer Gruppen erprobt, wie sie dann als Diözesan- und Dekanatsgruppen der Priester der „Christus Rex Society“ im ganzen Land ins Leben gerufen wurden. Auch als die jährliche Generalversammlung durch kriegsbedingte Umstände zwischen 1942 und 1946 ausfallen mußte, erwies sich Maynooth als der geistige Mittelpunkt und Lebensquell der Vereinigung. Nachdem die Vereinigung in vierjähriger solider Arbeit ihre Existenz gefestigt und ihre Ziele formuliert hatte, erhielt sie im Oktober 1945 die Approbation der irischen Bischöfe, deren reger Anteilnahme und Unterstützung sie sich seither erfreut. Gleichzeitig erhielt sie die Erlaubnis zur Herausgabe einer vierteljährlich erscheinenden soziologischen Zeitschrift „Christus Rex“ und zur Abhaltung von Sommerkursen, die jährlich für eine Woche die Priester zu sozialen Arbeitstagungen vereinigen. Um möglichst allen die Teilnahme einmal zu ermöglichen, werden die Som-

merkse abwechselnd in verschiedenen Teilen des Landes veranstaltet. Die erste „Priest's Summer School of Social Study“ wurde im August 1946 in Galway abgehalten unter dem Thema: „Gerechtigkeit für den Arbeiter“. In fruchtbarer Diskussion wurden theoretische und praktische Probleme, vor allem das der gerechten Entlohnung des Arbeiters, erörtert.

Die „Christus Rex Society“ ist der Ansicht, daß eine grundlegende Reform der sozialen Gesetzgebung dringend erforderlich ist und daß ihr Zustandekommen wesentlich von einer klugen Interpretation und weisen Anwendung der päpstlichen Sozialenzykliken abhängt, der eine gediegene Erfahrung in den irischen sozialen Verhältnissen zugrunde liegen muß. Diese Voraussetzungen will sie ihren Mitgliedern in der Priesterschaft vermitteln. Sie will ein Sprachrohr der Priester sein, durch das ihre Stimme Einfluß und Wirkung in der sozialen Reform erhält. Die Priester Irlands hoffen durch „Christus Rex“ ein gutes Stück zur sozialen Reform ihres Landes beizutragen.

**Österreichische  
Bischofskonferenz**

Am 16. Oktober 1947 trat unter dem Vorsitz von Kardinal Dr. Theodor Innitzer in Wien die Konferenz der österreichischen Erzbischöfe und Bischöfe zusammen. Unter anderem wurde beschlossen:

1. Am 14., 15. und 16. November werden in allen österreichischen Diözesen Buß- und Bettage abgehalten. Der 14. November ist als Tag der stillen Buße bestimmt, der 15. Oktober als Tag der Wallfahrten, an dem alle Pfarren zu einer nahegelegenen Marienkirche oder -kapelle eine Wallfahrt unternehmen und so öffentliches Bekenntnis zum Christentum ablegen sollen. Am 16. November findet der Tag der Anbetung in allen Kirchen des Landes statt. Bemerkenswert an dieser Veranstaltung, die durch die ernste Lage Österreichs und der Welt motiviert wird, ist es, daß die katholischen Bischöfe auch die evangelische Kirche zur gemeinsamen Abhaltung dieser Buß- und Bettage eingeladen haben und die Protestanten, ebenso wie alle anderen anerkannten Religionsgemeinschaften Österreichs, sich bereitwillig diesem Entschluß angeschlossen haben.

2. Unter Berufung auf das Konkordat von 1934 forderte die Bischofskonferenz die staatliche Anerkennung der vor 1938 schon bestehenden Feiertage des 6. Januar (Epiphanie), 29. Juni (Peter und Paul) und 8. Dezember (Maria Empfängnis).

3. Die Bischofskonferenz beschloß ferner die Errichtung eines katholischen Sozialwerkes, um die schon bestehenden sozialpolitischen Arbeitskreise zusammenzufassen und auf eine neue Grundlage zu stellen. Angesichts der Vielfalt der Fragen und der veränderten Problematik sind fruchtbare Ergebnisse nur durch eine planmäßige Arbeitsteilung der Studien zu erwarten. Über die Interpretation der allgemeinen Prinzipien der kirchlichen Soziallehre hinaus müssen konkrete Lösungen gefunden werden, was wieder eine entsprechende Bestandsaufnahme der sozialen und materiellen Verhältnisse sowie der schon unternommenen Lösungsversuche zur Voraussetzung hat. Die Arbeit des Sozialwerkes soll bis zur Formulierung von Gesetzesanträgen herangeführt werden, die dann den zuständigen öffentlichen Körperschaften vorgelegt werden könnten. Zugleich damit soll zu öffentlichen Aktionen im Sinne der katholischen Sozial-

lehre übergegangen werden. Das Sozialwerk soll sich in Sozialausschüsse in jeder Landeshauptstadt zur Koordination der bestehenden Arbeiterkreise und zur gemeinsamen Aktion sowie in ein sozialwissenschaftliches Institut in Wien als Zentralstelle der wissenschaftlichen Forschung und der Verbindung mit dem Ausland gliedern.

4. Das Seelsorgeinstitut Wien, das als Forschungsinstitut für Fragen der pastoralen Theorie und Praxis neben dem Seelsorgeamt besteht, wird zu einem gesamtösterreichischen Institut aufgebaut.

5. Die Diözesanschule Wien wird unter der Bezeichnung „Seminar für kirchliche Frauenberufe“ künftig als Einrichtung aller österreichischen Diözesen geführt.

6. Die Bischofskonferenz beschloß ferner die Bildung einer katholischen Filmkommission, die aus Filmfachleuten zusammengesetzt werden soll. Ihre Begutachtungen werden in der katholischen Presse als Richtschnur der Bewertung veröffentlicht werden. Die schon bestehenden pfarreigenen Kinos sowie die katholischen Kinobesitzer sollen in der Programmgestaltung beraten und im Filmverleih unterstützt werden. Ferner soll katholisches Gedankengut und katholisches Ethos für die Filmproduktion fruchtbar gemacht werden, wobei jedoch keinesfalls an die Aufnahme einer eigenen Filmproduktion gedacht ist.

**Ermahnung an die Bauernschaft** Kardinalerzbischof Dr. Theodor Innitzer fordert die Seelsorger auf, ihren ganzen Einfluß für die Sicherstellung der Ernährung des Volkes aufzubieten. Die ländliche Bevölkerung wird von der Kanzel aus auf die moralische Pflicht verwiesen werden, ihrer Gewissenpflicht zu genügen und hilfsbereit zur Minderung der Not beizutragen. Dieser Beitrag wird sich zweckentsprechend vor allem auf die genaue Erfüllung der Ablieferungspflicht wo immer und wie immer sie vorgeschrieben sei, erstrecken. Dann müsse jeder Schleichhandel und jeder Verkauf von Gebrauchsartikeln zu Schleichhandelspreisen aufhören. Im übrigen mache die von der Regierung durchgeführte Erhöhung der Agrarpreise jede Ausrede hinfällig, daß die ungesund hohen Preise zum Selbstschutz einzelner notwendig seien. Das christlich gesinnte Volk solle aus religiösem Pflichtgefühl heraus in der Notzeit mithelfen, die allgemeine Bedrängnis zu erleichtern und zu überwinden.

**Liturgische Konferenz in Salzburg** Am 2. und 3. Oktober 1947 fand unter dem Vorsitz des liturgischen Referenten der Bischofskonferenz, Bischof Dr. Fließner (Linz) eine zweite liturgische Tagung an der Erzabtei St. Peter in Salzburg statt. Ihr Thema war, eine einheitliche Form der Gemeinschaftsmesse zu erstellen, um der bisher bestehenden Regellosigkeit abzuwehren. Nach lebhaften, angeregten Aussprachen wurden vier Grundformen beschlossen, und zwar 1. eine *Betsingmesse, einfache Form*, wobei an die Stelle der Propriengesänge die üblichen Kirchenlieder zu treten hätten; 2. die *Betsingmesse, höhere Form*, mit deutsch gesungenen Propriengesängen; 3. die *einfache Form der Chormesse* nur in deutscher Sprache und 4. die *höhere Form der Chormesse* mit Gloria und Credo in lateinischer Sprache.

Diese vier Grundformen sind nicht starr, sondern geben noch eine gewisse Freizügigkeit in der Gestaltung, wobei jedoch durch eine Anzahl negativer Bestimmungen die bisher weit gezogenen Grenzen enger gezogen wur-

den. Ferner wurde beschlossen, den Einheitstext für das Ordinarium beizubehalten, was besonders für das Paternoster wichtig ist. Die liturgische Konferenz in Salzburg beschloß endlich, die Verbindung mit der liturgischen Kommission der deutschen Bischöfe zu pflegen.

**Gallup-Umfrage über öffentliche Macht des Christentums in Österreich**

„Berichte und Informationen“, Nr. 75 vom 3. Oktober 1947 berichten über die Ergebnisse einer Volksbefragung nach dem Gallup-System über die Einstellung der öffentlichen Meinung gegenüber der Kirche. Zur ersten Frage „Wollen Sie eine direkte Beteiligung kirchlicher Kreise an der Parteipolitik, eine Beschränkung dieses Einflusses, seine Ausschaltung oder stehen Sie der Frage gleichgültig gegenüber“ erklärten sich 4,4% für Teilnahme der Kirche an der Parteipolitik, 32,1% für christliche Grundsätze im Staatsleben, 40,3% für Neutralität, 16,5% für freisinnige Ausschaltung der Kirche aus dem öffentlichen Leben und 6,7% erklärten, keine Meinung zu haben. Nur rund ein Drittel der Bevölkerung bekennt sich also bewußt zu den von der Kirche verkündeten Grundsätzen im politischen Leben. Daß die Männer gleichgültiger, bzw. ablehnender der Kirche gegenüberstehen als die Frauen, die Jugendlichen gleichgültiger als das Alter bedarf keiner weiteren Hinweise. Interessanter ist die Tatsache, daß die Bauern die einzige Berufsgruppe sind, die in ihrer Mehrheit ein positives Verhältnis zur Kirche erkennen lassen. Die schärfste Ablehnung erfährt die Kirche von seiten der Arbeiterschaft, bei der 48% für Neutralität eintreten, und 27,5% eine antiklerikale Einstellung bekunden. Nach Wählergruppen aufgeschlüsselt befürworten 48,7% der ÖVP-Wähler kirchliche Einflußnahme auf die Politik, 8,8% stimmen für aktive Teilnahme. Neben 30,3% Neutralen gibt es unter ihnen aber auch 4,7% antiklerikale. Unter den SPO-Wählern stimmen 22,9% antiklerikal und 54,2% für Neutralität. Daneben finden sich 4,3% als ausdrückliche Befürworter christlicher Grundsätze. 62,7% der KPO-Wähler treten für eine antiklerikale Politik ein. Unter den bei den Novemberwahlen 1945 nicht wahlberechtigten Nationalsozialisten beziehen 45,6% eine neutrale Haltung, 26,7% bekennen sich zu christlichen Grundsätzen, 21,7% stimmen antiklerikal. Ähnlich sind die Verhältnisse durch Umfrage bei den Heimkehrern erwiesen worden. Zusammenfassend ist zu dieser Veröffentlichung in den Salzburger „Berichte und Informationen“ zu bemerken, daß sie naturgemäß mit Vorsicht aufzunehmen ist, da ihr Schwächen und Mängel des Gallup-Systems anhaftet, daß sie aber im großen und ganzen die öffentliche Stärke des Christentums dokumentieren dürfte.

**Tagung der österreichischen katholischen Bildungswerke** In Stift Lambach (Oberösterreich) fand in der Zeit vom 20. bis 22. Oktober 1947 eine Tagung der katholischen Bildungswerke sowie der Akademikerseelsorger statt. Sie befaßte sich mit der Erwachsenenbildung in allen Bevölkerungsschichten und der sich daraus ergebenden Seelsorgearbeit. Dr. Ignaz Zangerle (Innsbruck) befaßte sich in seinem Eingangsreferat mit der Frage, ob die Rückkehr der Intellektuellen zur Kirche beschleunigt werden könne. Ausgehend vom früheren Typus des Gebildeten, der Jahrhunderte hindurch ein antichristliches Element und der soziologische Ausdruck der Trennung des

Wissens vom Glauben war, zeigt sich seit etwa drei Jahrzehnten, daß mit diesem Typus eine Änderung vor sich geht. Die Grenzen des Wissens werden stärker empfunden, die geistige Existenz des Menschen wird nicht mehr allein vom Wissen und seinem Fortschritt beherrscht. Von weit größerer Wirksamkeit war jedoch das Erlebnis des totalen Staates, der den Gebildeten zugleich bekämpft und umworben hat, ihn seines selbständigen Denkens zu berauben suchte und zu einem hochqualifizierten Facharbeiter machte. In dieser Situation erwies sich die Kirche als ein Hort der geistigen Freiheit und als eine Bastion des Objektiven, der Ratio, der Person. Der Gebildete ist heute für die Kirche geöffnet, wenn auch als Stand die Intellektuellen noch vor ihrer Bekehrung stehen. An das Referat schloß sich eine ausführliche Diskussion über das Krankheitsbild des heutigen Menschen und die seelsorglichen Möglichkeiten der Kirche. Es wurde festgestellt, daß sich heute unter den Intellektuellen eine deutliche Bewegung zur Kirche hin bemerkbar mache, die der Kirche eine entsprechende Chance der Mission einräumt. Seit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus ist allerdings schon wieder ein gewisses Nachlassen in dieser Bewegung zu erkennen, einerseits bedingt durch das Übergewicht der materiellen Sorgen, andererseits durch ein gedankenloses Zurückgreifen auf Weltanschauungen vor 1938. Noch wirkt sich das Erlebnis des zweiten Weltkrieges nicht aus, die Generation, die ihn erlitten hat, ist noch nicht zu Wort gekommen.

Ein weiterer Vortrag von Dr. Martin Stuhr, Referenten für bäuerliche Seelsorge am Wiener Seelsorgeinstitut, befaßte sich mit der Situation des Bauerntums. Unter der Oberfläche der gegenwärtigen Nachkriegerserscheinungen wie Schleichhandel, Verstädterung, etc. gibt sich erst das Wesentliche, der seit langem in Gang befindliche Auflösungsprozeß des alten Bauerntums zu erkennen. Der direkte Einfluß des Nationalsozialismus ist hierbei gering, ungleich stärker jedoch die Auswirkungen der Überfremdung, des Zustroms von Evakuierten und Flüchtlingen und der Erlebnisse der jüngeren bäuerlichen Generation in der Militärzeit. Das alte Bauerntum ist jedoch nicht tot und die Massen der Bauern sind der Kirche noch nicht entglitten. Die Pfarre ist das eigentliche Widerstandszentrum der Dorfgemeinschaft gegenüber der sozialen und weltanschaulichen Destruktion geworden. Der Bauer fordert von der Kirche geistige Bildung und verstandesmäßige Begründung des Glaubens. Die Trennung von Wissen und Glauben bahnt sich auch unter der ländlichen Bevölkerung an, kann aber noch abgewendet werden, wobei alles darauf ankommt, den Bauern diese Bildung zu vermitteln. Es geht um eine Bildung von den Fundamenten her, so daß alle Bemühungen um Anknüpfung an die Tradition (Volkstrachten, Volkstanz, Brauchtum etc.) als zweitrangig angesehen werden müssen. Die anschließende Diskussion ergab weitgehende Einhelligkeit in der Beurteilung der Situation. Die Ansatzpunkte dieser Mission des Landes sind groß, doch ist die so dringende Aufgabe einer umfassenden Volksbildung bisher zugunsten der Bildungsarbeit fast ausschließlich der Intellektuellen von kirchlicher Seite vernachlässigt worden.

Der dritte Fragenkomplex befaßte sich mit der Arbeiterschaft und dem Schicksal der kleinbäuerlichen Schichten, worüber Pfarrer Singer (Linz) referierte. Seine Ge-

dankgänge wurden in der folgenden Diskussion weiter entwickelt. Die Umwälzungen des vergangenen Jahrzehnts haben auch die Begriffe von „Mittelstand“, „Arbeiter“, „Proletarier“ weitgehend in Mitleidenschaft gezogen. Eine geschlossene Kampffront gegen die Kirche besteht nicht mehr. Hingegen besteht ein wirkliches tiefes Verlangen nach Bildung und richtungweisendem Lebensziel. Hier muß die kirchliche Missionierung vor allem die Schichten des sogenannten „kleinen Mannes“ betreuen.

Vorbehaltlich der Genehmigung der Bischöfe wurde auf der Lambacher Tagung beschlossen: sämtliche Diözesen errichten, soweit sie darüber noch nicht verfügen, ein katholisches Bildungswerk in dreifacher Gliederung: bäuerliche und allgemeine städtische Volksbildung, sowie Intellektuellenbildung. Jede Diözese bedarf eines eigenen bäuerlichen Volksbildungsheimes nach Art des bekannten Instituts von St. Martin bei Graz. Ebenso müssen auch in den Großstädten eigene katholische Volksbildungshäuser errichtet werden. Von wesentlicher Bedeutung ist ein verstärkter Einfluß auf Klerus- und Lehrerbildung im Hinblick auf die besonderen Probleme der bäuerlichen und der Arbeiterseelsorge sowie der Volksbildung. Die Vorträge müssen sowohl der weltanschaulichen Bildung wie der Ergänzung des profanen Wissens und der Berufsschulung dienen. Vor allem aber geht es um die Formierung einer neuen Elite unter der Jugend, echter Gemeinschaften, die die Keimzellen für die Zukunft abgeben können.

In Linz wird ein Sekretariat der katholischen Bildungswerke Österreichs mit der Aufgabe, Programme und Referenten aus dem In- und Ausland zu vermitteln, errichtet.

In allen Diözesen soll ein Priester für die Aufgaben der Akademikerseelsorge freigestellt werden.

Als überdiözesane Einrichtung soll eine Gemeinschaft katholischer Akademiker ins Leben gerufen werden und zwar als offener Verband ohne Mitgliedskartei, der nach Berufsgruppen zu gliedern wäre. Dabei soll ein gewisser Schwerpunkt auf diejenigen Berufe gelegt werden, die bisher nicht die angemessene Beachtung von Seiten der Kirche gefunden haben, der Angehörigen der Wirtschaft und der Absolventen naturwissenschaftlicher und technischer Studien.

#### **Sozialistischer Parteitag über Religionsfragen**

Der Ende Oktober 1947 in Wien abgehaltene Parteitag der sozialistischen Partei Österreichs erklärte in seinem Aktionsprogramm unter anderem: „Religion ist Privatsache: Ablehnung jedes Gewissenszwanges, Sicherung der Glaubensfreiheit und der freien Religionsausübung. Keine Bevorzugung einer Konfession, keine Unterstützung einer Konfession oder konfessionellen Einrichtung aus Staatsmitteln“. Der österreichische Vizekanzler Dr. Schärf führte als Parteivorsitzender in seiner Rede näherhin dazu aus: „Religiöses Denken und Empfinden sind Sache des einzelnen, niemand hat ein Recht, da von staats- oder parteiwegen hineinzureden. Wir lehnen aber die Bevorzugung einer Konfession oder die Unterstützung einer konfessionellen Einrichtung aus öffentlichen Mitteln ab. Im Jahre 1934 wurde in einem Parlament, von dem die Angehörigen der großen sozialdemokratischen Partei durch Galgen, Gefängnis und Verbannung ferngehalten waren, ein Konkordat zwischen Österreich und dem Hei-

ligen Stuhl beschlossen. Es ist ebenso wie die Ständestaatsverfassung 1945 ausdrücklich ungültig erklärt worden. In der letzten Zeit fordert die Volkspartei die Errichtung konfessioneller Schulen mit Öffentlichkeitsrecht und Bezahlung ihrer Kosten aus Staatsmitteln. Das ist eine Forderung, die über die Zustände in der Zeit des Ständestaates noch hinausgeht. Die religiösen Gemeinschaften haben das Recht, von ihren Angehörigen Umlagen für ihre Bedürfnisse einzuheben. Halten sie Schulen, so mögen sie auch deren Kosten von ihren Gläubigen einheben, man belaste aber nicht den Staat damit! Wo heute eine höher organisierte Schule mit fünf Klassen Kinder ausbildet, würden, wenn diese Wünsche in Erfüllung gingen, in Zukunft zwei Schulen bestehen, die eine vielleicht zwei-, die andere dreiklassig, die sich gegenseitig die Schüler abjagen; die Bildungsmöglichkeit aller Schüler des Ortes wäre gesenkt". Bemerkenswert an dieser Äußerung ist, daß die Sozialisten damit anscheinend den Religionsunterricht aufgegeben haben, wenn sie auch nicht bereit sind, auf das von katholischer Seite vorgebrachte Argument einer „Demokratisierung“ des Schulwesens einzugehen und entsprechend dem Anteil der von ihren Eltern in katholische Schulen geschickten Kindern Staatssubventionen zu bezahlen.

#### Aus Ost- und Südosteuropa

##### Moskauer Kirchenleben von einem Kommunisten gesehen

Dr. Ing. Jiri Kot'átko, ein bekannter tschechischer Kommunist, schreibt in einem Bericht über seine neuesten Eindrücke aus Moskau (in der tschechischen kommunistischen Wochenschrift „Svet Sovetů“, d. i. „Welt der Sowjets“ vom 29. 8. 1947) über seine Eindrücke vom Moskauer Kirchenleben:

„Mein Prager Kollege, der mit mir eine Woche durch Moskau streifte, wollte um jeden Preis ein Stück religiösen Lebens des heutigen Moskau sehen. Wir wählten zu diesem Zwecke einen Sonntagvormittag und besuchten das Nowodjewitsch-Kloster in Moskau. Zwar gibt es in der Sowjetunion volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Ausübung gottesdienstlicher Zeremonien, wovon sich jeder Besucher Moskaus, Kiews und anderer sowjetischer Städte überzeugen kann. Und doch ist einem so, als befände man sich dort um ein Jahrhundert zurück. Das Kloster ist zwar gut erhalten, das Hauptschiff der Kirche strotzt von byzantinischer Pracht, die Ornate der Priester sind Schaustücke von orientalischem Luxus, und Leute gibt es im großen und ganzen auch genug, aber... Während man in Moskau auf den Straßen kaum einen Bettler sieht, finden sich ganze Trupps im umfriedeten Hofraum des Klosters. Die Kirchenbesucher sind größtenteils alte und herabgekommene Leute, deren Erscheinung in scharfem Gegensatz zu den gewohnten Gestalten des sowjetischen Alltagslebens steht. Sie pochen mit der Stirne auf den Boden, sie bezeichnen sich mit griechischen Kreuzen, sie murmeln mechanisch Gebete, sie lassen sich für ein Zehnrubelstück mit dem Leninkopf Brotstücke weihen und verteilen Almosen unter die Armen, um so ihren verstorbenen Verwandten zu helfen... Die Kirchen sind in Moskau der einzige Ort, wo man noch die alte Welt des bigotten religiösen Kultes findet. Als wir aus den Toren der Klosterumfriedung traten, brauste eine lange Reihe

schwerer Lastwagen vorüber, voll von Burschen und Mädchen in blauen Anzügen und mit roten Fahnen: die Brigaden der Universitätsjugend führen am Sonntag Rüben und Kartoffeln hacken, was man für eine gute und wirksame Form des antireligiösen Kampfes halten darf, der in jeder fortschrittlichen und demokratischen Gesellschaft auch bei geöffneten Gotteshäusern und bei völliger Freiheit des religiösen Bekenntnisses vor sich gehen kann. Denn diese Freiheit bedeutet das Recht, nicht nur die religiöse, sondern auch die ungläubige Ideologie zu verkünden“.

Die von Dr. Kot'átko gegebene Schilderung der Kirchenbesucher stimmt recht auffällig überein mit dem Eindruck, den der Korrespondent der katholischen englischen Wochenschrift „The Tablet“ von den Besuchern der katholischen Kirche in Moskau hatte (vgl. Herder-Korrespondenz Jahrgang 1, Heft 10, S. 448), steht aber im Widerspruch zu den Berichten orthodoxer Würdenträger, die gerade von einer großen Teilnahme der Jugend an den Gottesdiensten berichten.

##### Stand der russisch-orthodoxen Kirche 1947

Die Zeitschrift „Irénikon“ berichtet im dritten Heft 1947 über den Stand, den die russisch-orthodoxe Kirche seit ihrer Versöhnung mit dem Staate wieder erreicht hat. Während sie im Jahre 1940 28 Bistümer zählte, sind es bis heute in der Sowjetunion schon wieder 66; davon 39 in der russischen Bundesrepublik, 16 in der Ukraine und 3 in Weißrußland, die übrigen verteilen sich auf die einzelnen autonomen Republiken der Union. Außerdem hat die russisch-orthodoxe Kirche 5 Exarchate, in Amerika mit dem Metropoliten Benjamin in New-York, für Westeuropa mit dem Metropoliten Seraphim in Paris, für Ostasien mit dem Metropoliten Nestor in Charbin, für Mitteleuropa mit dem Erzbischof Sirdus in Wien und für die Tschechoslowakei mit dem Erzbischof Eleutherus in Prag.

##### Katholische Kirchen in Rußland

Nach einer Meldung der Zeitschrift „Irénikon“ sind heute fünf katholische Kirchen lateinischen Ritus in der Sowjetunion geöffnet und zwar in Moskau, Tiflis, Schitomir, Leningrad und Odessa.

##### Universitätsprobleme in Polen

Schon im ersten Studienjahr nach dem Kriegsende wiesen die Hochschulen Polens Studentenzahlen von einer Höhe auf wie nie zuvor. Während man 1939 38 000, 1935 48 200 Studenten gezählt hatte, waren im Studienjahr 1945/46 68 000 Studenten inskribiert. Ihre Aufteilung ist nicht uninteressant: 46 000 waren an den staatlichen Universitäten inskribiert, davon 12 600 an der Jagellonenuniversität Krakau, 8000 in Posen, 7500 in Warschau, 6300 in Breslau, 6000 in Lodz, in Thorn 3300 und an der staatlichen Universität Lublin, die ein Gegengewicht gegen die katholische Universität Lublin sein soll, 2600. Die staatlichen fachlichen Hochschulen zählten 18 000 Hörer; die stärkste unter ihnen ist die Bergakademie Krakau mit 4500, während die Technischen Hochschulen Breslau, Danzig, Gleiwitz, Lodz, die landwirtschaftliche Hochschule und die Politische Hochschule in Warschau je 1900—2600 eingeschriebene Hörer hatten. Dazu kamen dann noch die privaten Hochschulen, zu denen vor allem die Katholische Universität Lublin gehört, mit zusammen

etwa 3600 Studenten. Eine Reihe von hochschulartigen Lehrstätten wie die medizinische Akademie, die Akademie für Leibesübungen und die Kunstakademien Krakau, Warschau und Breslau waren dabei noch nicht eingerechnet.

Man hatte auch in Polen dieses unheimliche Anwachsen der Studentenzahl zunächst mit dem in allen Ländern spürbaren Andrang der Kräfte, die während des Krieges die Fortsetzung oder den Beginn der Studien hatten versäumen müssen, erklären wollen. Die Lage war in Polen aber umso schwerer, als auch vielen die Möglichkeit einer Reifeprüfung gefehlt hatte, und daher der Nachweis der Hochschulreife auf verschiedene Arten, unter anderem auch die Einführung eines Probejahres, ersetzt werden sollte. Bei diesen ungeklärten Verhältnissen kam es auch zu starken politischen Einflußnahmen besonders der linksstehende Parteien auf die Zulassung zum Hochschulstudium, was letztlich nun auch in der institutionellen Beteiligung von Partei- und Gewerkschaftsvertretern an den für die Reifeprüfung entscheidenden Kommissionen zu einer dauernden Einrichtung wurde.

Nun erweisen aber die Einschreibungen für das Studienjahr 1946/47 nicht nur keinen Rückgang, sondern sogar noch ein Anwachsen der Studentenzahl. Während vor 1938 in Polen an 27 Hochschulen mit 3409 Lehrstühlen 48 200 Studenten inskribiert waren, studieren heute an 36 Hochschulen mit 6237 Lehrkanzeln 77 564 Studenten. Wenn man noch hinzunimmt, daß Polen heute 10 Millionen Einwohner weniger hat als 1938 und daß auch unter der Hochschullehrerschaft von den 2500 akademischen Lehrkräften von 1939 300 den Kriegsjahren zum Opfer fielen, so wird man begreifen, daß selbst die offiziellen Kreise in Polen dem Überlaufen der Hochschulen und der künstlichen Inflation neuer Lehrstühle kritisch und skeptisch gegenüber stehen. Bezeichnend ist ein Aufsatz des neuen Rektors der — vor allem mit rückgesiedelten Lemberger Kräften besetzten — Universität in Breslau, Professor Stanislaus Kulczynski in der führenden kommunistischen Kulturzeitschrift „Kuznica“ („Die Schmiede“), der vor allem auf die drohende Verflachung des Niveaus und den Mangel an wirklich geschultem akademischem Nachwuchs hinweist. Er möchte von den bestehenden Hochschulen nur 16 mit 1415 Lehrstühlen und etwa 60 000 Hörern als wirkliche Hochschulen anerkannt wissen, aber auch an ihnen ist heute die Zahl der Lehrstühle verdoppelt und die der Lehrkräfte auf 270% des Vorkriegsstandes angewachsen. In der Vermehrung der Lehrstühle und des Etats sieht er keine Lösung, sondern vielmehr eine neue Gefahr für die Gesundheit des akademischen Lebens in Polen, wenn nicht gleichzeitig auch wirklich akademisch qualifizierte Arbeitskräfte, an denen es mangelt, in genügender Zahl bereitstehen.

Professor Kulczynski übersieht auch eine zweite Gefahr für das akademische Leben nicht: den wachsenden Einfluß einer Staats- und Wirtschaftsplanung auf die Forschung und ihre Aufgabenstellung. Seine persönliche Meinung ist — gerade weil an dieser offiziellen Stelle ausgesprochen — höchst beachtlich: „Die Souveränität der Wissenschaft muß gewahrt bleiben. Der freien wissenschaftlichen Arbeit kann nicht zugunsten der geplanten Arbeit alle Unterstützung entzogen werden. Die freie Wissenschaft schafft eine wissenschaftliche Atmosphäre,

vermehrt die wissenschaftlichen Fortschritte, die ein offizieller Plan nicht ermöglicht.“

Inzwischen hat das polnische Schulministerium für das neue Schuljahr zur Verringerung des Hörerandrangs vorgeschrieben, daß an jeder Fakultät, wo die Meldungen mehr als 400 Hörer ergeben, schriftliche und mündliche Aufnahmeprüfungen abzuhalten sind, welche über die Zulassung entscheiden. Der Wert dieser Verordnung wird aber durch den weiteren Zusatz bedenklich in Frage gestellt, daß ehemalige Soldaten, Partisanen, politische Häftlinge und Personen mit Verdiensten um den wirtschaftlichen Aufbau des Landes sich diesen Prüfungen nicht unterziehen brauchen. Dadurch wird dieser nach politischen Gesichtspunkten ausgewählten Gruppe von vornherein Zulassung und Möglichkeit des Studiums ohne Rücksicht auf Befähigung zugesichert und erst über die Vergebung der übrigbleibenden Plätze entscheidet die tatsächliche Qualifikation.

**Präsident Benesch über seine Kirchenpolitik**

Am 19. November 1947 empfing der tschechoslowakische Präsident Benesch eine von dem Erzbischof von Prag,

Msgr. Beran, angeführte Abordnung der katholischen Bischöfe der Tschechoslowakei. Erzbischof Beran dankte dem Präsidenten für seine Bemühungen, das sittliche Niveau des Volkes, besonders der jüngeren Generation, zu heben und sagte anschließend:

„Es ist unsere erste Hoffnung, Herr Präsident, daß Ihnen an den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kirche und Staat gelegen ist. Wir hoffen deshalb, daß, wenn über die neue Verfassung, das Schulgesetz, das Gesetz über die Länderreform beraten wird, alles vermieden wird, was im Stande ist, dieses wichtige nationale Interesse zu schädigen.“

In seiner Antwort führte Präsident Benesch aus:

„Ich habe immer die Bedeutung einer absoluten Duldung in religiösen Fragen betont. In meinen kürzlich erschienenen Memoiren habe ich meine Haltung gegenüber allen Fragen, auch den Fragen der Kirchenpolitik, ausführlich dargelegt. Sie enthalten ein Memorandum, das ich durch Vermittlung des verstorbenen Präsidenten Roosevelt dem Vatikan übersenden ließ. Darin ist meine Haltung während des Krieges dargelegt. Es ist dieselbe Haltung, die ich noch immer einnehme. Ich weiß die Schwierigkeiten, mit denen Sie, besonders als Ergebnis der Entsittlichung durch die Kriegszeit, zu kämpfen haben. Andererseits hat sich jedoch auch das religiöse Leben und der religiöse Glaube vertieft. Ich hoffe, daß Ihre Beratungen zum erfolgreichen Ergebnis geführt haben, sodaß wir dort endlich Frieden bekommen. Als wir noch im Ausland lebten, haben wir uns auf eine Politik geeinigt, die alle religiösen Auseinandersetzungen ausschloß. Ich glaube, daß diese Tendenz sich auch weiter durchsetzen wird. Ich begünstige die Zusammenarbeit aller gegenwärtig in der Regierung vertretenen Parteien und erwarte die Mitarbeit jeder dieser Parteien. Es ist mein aufrichtiger Glaube, daß eine Partei, die so stark ist, wie es z. B. die kommunistische Partei ist, von nichts ausgeschlossen werden darf. Ich wünsche ein Übereinkommen über alle wichtigen Fragen und ich wünsche, daß jedes zustandgekommene Übereinkommen auch eingehalten wird. Bis jetzt ist das der Fall gewesen und ich hoffe, daß es auch weiterhin der Fall sein wird. Die Tatsache, daß die Lebensverhältnisse in einigen anderen

Ländern schlechter sind als in diesem Lande, ist darauf zurückzuführen, daß die Lebensverhältnisse hier vor dem Kriege verschieden waren. Wo es vor dem Krieg Diktaturen gegeben hat, entstanden auch nach dem Krieg wieder Diktaturen, wenn auch in anderer Gestalt."

**Ein Hirtenbrief der slowakischen Bischöfe** Der gemeinsame Hirtenbrief der slowakischen Bischöfe, der Anfangs November 1947 veröffentlicht wurde, stellt feste, klare Forderungen angesichts der verworrenen Verhältnisse des Landes in den letzten Wochen, die durch die Aufdeckung der „Verschwörung“, das scharfe Ringen der politischen Parteien, durch Monate dauernde Bandenkämpfe und die katastrophale Mißernte reichlich bewegt waren. Das erste Wort gilt dem *Sittenverfall*, der letztlich auch hinter der Hemmungslosigkeit und dem rohen Ton der politischen Auseinandersetzungen steht. Sie beklagen auch den *Rückgang der Arbeitsamkeit*, durch die allein der staatliche Zweijahrplan der Wirtschaft erfüllt werden kann, nehmen aber auch scharf Stellung gegen die so oft angeordnete *Sonn- und Feiertagsarbeit*. Sie warnen besonders auch vor den Lastern der *Gewinnsucht* und des *Alkoholismus*. Angesichts der Mißernte richten sie eine besondere Mahnung an die Bauern und Handwerker, ihre Vorräte nicht zu verheimlichen, und die Allgemeinheit, sich nicht aus Not zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen. Ebenso verurteilen sie die kürzlich aufgedeckte staatsfeindliche Tätigkeit und betonen, daß sich Katholiken an solchen Aktionen nicht beteiligen dürfen. Hingegen hätten alle Katholiken die Pflicht, die verfassungsmäßigen Mittel, besonders das Wahlrecht gewissenhaft zu gebrauchen.

**Marschall Tito über seine Stellung zur Religion** In einer Ansprache an das religiöse Oberhaupt der Moslem-Minderheit in Jugoslawien, den Reis-ul-Ulema Ibrahim Fejic, am 15. September 1947, formulierte Marschall Tito seine Haltung den Religionen und den Kirchen gegenüber in folgender Weise: „Unsere Haltung der Religion gegenüber hat sich nicht geändert. Wir wünschen, mit allen religiösen Gemeinschaften in bestem Einvernehmen zu stehen, weil wir wissen, daß das die Einheit des Volkes nur fördern kann. Leider begegnen wir, wie Sie sehen, trotz all unserer Bemühungen vonseiten der Oberhäupter gewisser religiöser Gemeinschaften keinem vollen Verständnis. Einige religiöse Führer, sowohl hohe wie auch niedere, schauen noch immer über unsere Grenzen hinaus. Sie erwarten noch immer die Rückkehr dessen, was früher war. Sie können noch immer nicht die große Wiedergeburt, die in Jugoslawien stattgefunden hat, begreifen. Sie sehen immer noch nicht ein, daß die Vergangenheit nicht zurückgerufen werden kann und daß unsere neue soziale Ordnung notwendigerweise auch gewisse Änderungen in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat bewirken muß. Ich glaube, daß sich alle religiösen Gemeinschaften heute in Jugoslawien voll entwickeln können, daß Raum ist für alle religiösen Gefühle. Aber es versteht sich von selbst, daß das im Einklang mit den bestehenden Gesetzen, mit den Bedürfnissen des Volkes und mit den Interessen des Staates geschehen muß.“

**Begriff des Völkermordes**

Das, von dem Weihbischof von Boston, Msgr. John J. Wright, geleitete Komitee der katholischen Gesellschaft für Internationalen Frieden hat zu dem Plan der Vereinten Nationen, durch eine internationale Abmachung den Völkermord (Genocidium) zum Verbrechen gegen das Völkerrecht zu erklären, die folgende Erklärung veröffentlicht:

„Der Generalversammlung der Vereinten Nationen wird wahrscheinlich bei seiner nächsten Sitzung der Entwurf einer Abmachung überreicht werden, die den Völkermord als ein Verbrechen gegen das Völkerrecht erklärt. Völkermord wird definiert als eine verbrecherische Handlung, die gegen rassische, nationale, sprachliche, religiöse oder politische Gruppen von Menschen gerichtet ist mit dem Zwecke, sie ganz oder teilweise zu vernichten oder ihre Erhaltung oder Entfaltung zu verhindern.

Nicht nur die physische Vernichtung einer Gruppe oder die Verhinderung ihrer Vermehrung wird durch das vorgeschlagene Abkommen als Verbrechen erklärt, sondern auch die Vernichtung der spezifischen Charakteristik der Gruppe.

Unter dieser letzteren Kategorie würden folgende Handlungen verboten werden: zwangsweise und systematische Ausweisung von Individuen, die die Kultur einer Gruppe repräsentieren; systematische Vernichtung in der nationalen Sprache abgefaßter Bücher oder religiöser Werke oder Verbot neuer Veröffentlichungen; systematische Vernichtung historischer oder religiöser Denkmäler oder ihre Verwendung zu anderen Zwecken; Vernichtung oder Zerstörung von Dokumenten und Gegenständen, die dem Gottesdienste dienen.

Das Abkommen würde damit die Vernichtung der Religion einer Gruppe einschließlich der Ausweisung ihrer religiösen Führer und der Zerstörung ihrer Kirchen zum Verbrechen stempeln...

Es ist wesentlich, daß so viele Staaten wie möglich dieses Abkommen annehmen, das die physische oder geistige Vernichtung einer Gruppe oder die Verhinderung ihrer Ausbreitung und Vermehrung zum Verbrechen stempelt. Es ist wesentlich, das dieses Gruppenrecht auf Freiheit des Gottesdienstes und des Religionsunterrichtes ausdrücklich festgelegt und entsprechend geschützt wird. Zu diesem Zwecke sollte an jeden Abgeordneten der Vereinten Nationen herangetreten werden, um ihn auf die ungeheure Wichtigkeit dieser Sache aufmerksam zu machen und ihn zu veranlassen, Sorge dafür zu tragen, daß diese Festsetzungen nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil noch verstärkt werden“.

**Die Menschenrechte und die Rechte der kleinen Gemeinschaften**

Die katholische Gesellschaft für Internationalen Frieden richtete an das amerikanische Staatsdepartement, das augenblicklich einen Entwurf der Menschenrechte prüft, der bei der nächsten Sitzung des mit der Ausarbeitung einer Erklärung der Menschenrechte befaßten Unterausschusses der Vereinten Nationen, vorgelegt werden soll, einen Brief, in dem sie auf einige Mängel dieses Entwurfes hinweist, in dem nach Ansicht der Vereinigung Artikel über das Recht der Familie und das Recht der Minderheiten als selbständiger Gruppe fehlen. Es heißt in diesem Brief:

„Die modernen Ideen über die Menschenrechte haben die Tendenz, diese Rechte als absolut zu erklären und die Rechte der kleinen Gemeinschaften zu unterschätzen oder gar zu leugnen. Die neuen Erklärungen der Menschenrechte sind besser als die überkommenen, die, wie es im Falle der französischen Revolution nach den Tyrannen des 16., 17. und 18. Jahrhunderts geschah, das Recht der Gemeinschaften ganz leugneten und den Einzelnen fast für souverän erklärten. Wir haben zwar inzwischen den Gedanken des Rechtes der Gemeinschaften etwas besser begriffen, aber wir haben ihm noch nicht die Bedeutung in den Erklärungen gegeben, die er wirklich hat, wie z. B. im Falle des Rechts der religiösen Koalition, der wirtschaftlichen Koalition und der Familie. Wir haben noch immer die Tendenz, nur an das absolute Individuum und die Staatsgewalt zu denken und nicht an das begrenzte Individuum, die privaten Gemeinschaften und die Staatsgewalt. So ist z. B. eines der Rechte des Individuums das Recht, durch Gemeinschaften und durch die Regierung unterstützt zu werden. Der Entwurf der Vereinten Nationen und die Abänderungsvorschläge des Staatsdepartements bringen diese nicht genügend zum Ausdruck.“

**Die katholische Haltung gegenüber dem Kommunismus**

Auf dem im November stattgefundenen Kongreß der katholischen pädagogischen Presse sprach der Schriftleiter der bedeutenden amerikanischen Zeitung „Chikago Sun“, James O. Supple, über die Haltung des Katholiken gegenüber dem Kommunismus. Er sagte unter anderem: „Sicher sind wir als Katholiken Gegner des Kommunismus als einer Philosophie, Wirtschaftsform und Religion. Aber wir tun uns trotzdem nicht gedankenlos mit jenen reaktionären Kräften zusammen, die gerne den sozialen Fortschritt der letzten zwei Jahrzehnte unter dem Deckmantel des heiligen Krieges gegen den Kommunismus rückgängig machen möchten. Wir als Katholiken dürfen nicht vergessen, daß die Soziallehren der letzten Päpste eine Stellung zur Frage der Wiederverteilung des Reichtums, der Kollektivverhandlungen und der Führung der Industrie zum Ausdruck bringen, der viele Industrielle genau so heftigen Widerstand entgegensetzen wie den Lehren Karl Marx'. Wir als Katholiken befinden uns im Gegensatz zu einer Ideologie, nicht zu einem Volke. Und zwar widersetzen wir uns dieser Ideologie, wo immer wir sie antreffen. Das heißt aber in keiner Weise, daß wir uns unter denen befinden, die laut rufen: „Bombardiert Leningrad mit einer Atom-bombe“.

**Heimat-Missionare für Amerika**

Die von dem amerikanischen Geistlichen W. Howard Bishop 1937 ins Leben gerufenen „Heimat-Missionare für Amerika“ wurden durch Papst Pius XII. als Diözesan-Institut bestätigt. Ihre Gründung erfolgte in der Erzdiözese Cincinnati, um den zahlreichen Landgemeinden ohne ständig ansässigen Geistlichen religiöse Betreuung zu bringen. Die Gesellschaft besteht aus Priestern und Laienbrüdern, die keine Ordensgelübde ablegen, aber ein Gemeinschaftsleben führen. Da von den über 3000 Kreisstädten in den USA über die Hälfte keine Priester besitzen, kommt den Heimatmissionaren für die amerikanische Landesseele besondere Bedeutung zu.

**Der Rat der Christen und Juden über den Religionsfrieden**

Die amerikanische Sektion der internationalen Konferenz von Christen und Juden hielt im Oktober in New York eine Sitzung ab, auf der bekannt gegeben wurde, daß Jacques Maritain, der bekannte französische Philosoph und jetzige französische Botschafter beim Vatikan, neben dem bekannten englischen Staatsmann Lord Reading, der Protestant ist, und Dr. Henry Noble McCracken, dem Generalsekretär der Konferenz, der Jude ist, zum dritten Präsidenten der Konferenz ernannt wurde. Auf der Sitzung wurde folgende Entschließung angenommen, die sich auf die, anlässlich des amerikanischen Schulstreites, über den wir in der Herder-Korrespondenz Jahrgang II Heft 2 Seite 65 berichtet haben, in die Öffentlichkeit gedrungene Auseinandersetzung zwischen Katholiken und den Führern einiger protestantischer Kirchen sowie vor allem auf den Streit um den persönlichen Vertreter des amerikanischen Präsidenten beim Vatikan, Mr. Myron Taylor bezieht:

„Die sichtliche Zunahme des gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen religiösen Gemeinschaften Amerikas in den letzten Jahrzehnten wird durch verschärfte Auseinandersetzungen bedroht, die zu einer Feindschaft und Bitterkeit gegeneinander führen. Alle Menschen guten Willens müssen diese Tendenz, besonders angesichts der gegenwärtigen Unordnung der Gesellschaft, die den religiösen Kräften als Anreiz dienen sollte, ein Beispiel vereinigter Kraft und friedlichen gegenseitigen Auskommens zu geben, tief beklagen.

Wir wollen die Unterschiede zwischen den religiösen Gruppen hinsichtlich der Glaubens- und der Gesellschaftslehre nicht minimalisieren. Aber wir beklagen alle gegenseitigen Anschuldigungen unwürdiger Motive, von welcher Seite sie auch geschehen mögen, die die Kluft nur erweitern und zu dauernder Feindschaft und Bitterkeit führen, und die eine zusammengefaßte Anstrengung der Religionen zur Lösung der Probleme, die die Welt von heute bedrängen, unmöglich machen.

Nichts könnte in diesen chaotischen Zeiten unheilvoller sein, in denen die Sache der Religion in der ganzen Welt bedroht ist und in denen der vereinte Einfluß der religiösen Kräfte zur Lösung vieler Probleme notwendig ist. Alle, die an die Vaterschaft Gottes und die Brüderschaft der Menschen glauben, sollten sich heute mehr denn je zusammentun, um die Religion zu stärken und die Wohlfahrt der Gesellschaft und der Nation zu fördern. Es gibt große Gebiete gemeinsamen Glaubens, gemeinsamer Anliegen und Verantwortlichkeiten, in denen eine solche Einheit durchführbar, ja unerlässlich ist.“

*Aus den Missionen*

**Das soziale Problem in den Missionsländern**

Der Jesuitenpater Albert Le Roy vom Internationalen Arbeitsbüro in Genf berichtet in der „Agenzia Fides“ über das soziale Problem in den Missionsländern. Die umwälzenden Einflüsse einer Nachkriegszeit überfluten nach diesem letzten Weltkrieg zum erstenmal ausnahmslos alle Länder der Erde. Ähnlich wie die in den Kolonialländern allenthalben aufgetretenen Unabhängigkeitsbestrebungen sind nun auch die Forderungen des industriellen Proletariats nicht mehr auf Europa und Amerika beschränkt, wo sie seit über hundert Jahren

erhoben werden, sondern sie sind allgemein geworden. Das soziale Problem ist auf der ganzen Welt an der Tagesordnung. — Diesen Tatsachen gegenüber können die Missionare nicht gleichgültig bleiben. Sie stehen ihnen auch nicht unvorbereitet gegenüber, da die Soziallehre der Päpste in den Enzykliken „Rerum Novarum“ und „Quadragesimo anno“ an die gesamte katholische Welt gerichtet war. — Ein neues Element ist es jedoch, daß die soziale Frage jetzt auch dort mit bisher unbekannter Heftigkeit gestellt wird, wo sie bisher nicht mit gleicher Wucht aufgetreten ist. Bisher hat sich die Tätigkeit der Missionare außerhalb der religiösen Verkündigung ausschließlich oder doch vorwiegend auf Erziehung, Wohlfahrts- und Krankenpflege erstreckt. Während diese Arbeitsgebiete keineswegs an Bedeutung verloren haben, kommt nummehr ein neues hinzu, das im weitesten Sinne die ganze wirtschaftliche und soziale Problematik einbeziehen muß und eine bedeutende, wenn nicht übergeordnete Stelle beanspruchen wird. Natürlich sind die Aspekte, unter denen sich die soziale Frage in den verschiedenen Missionsgebieten stellt, durchaus vielgestaltig. Aber gerade dieses fordert den persönlichen Einsatz der Missionare heraus, wenn die angestrebten Reformen den Bedürfnissen der einzelnen Missionsgebiete wirklich entsprechen sollen. Sie sind für diese Reformarbeit besonders berufen, denn durch ihren täglichen Umgang mit der Eingeborenenbevölkerung kennt niemand besser ihre Gewohnheiten, ihre Sitten und ihre Kultur, ihr Begehren und die Möglichkeiten der Erfüllung. So werden sie auch am besten in der Lage sein, die soziale Umstellung zum Wohle der Eingeborenen zu gestalten, damit sie nicht zu einer einfachen Kopie solcher Veränderungen in anderen und deshalb andersartigen Ländern werde.

In Wirklichkeit sind die sozialen Probleme außerordentlich vielgestaltig. Mancherorts hat sich schon eine große Industrie angesiedelt, in anderen Gebieten sind riesige Bergbauunternehmen mit einer zahlreichen Arbeiterschaft entstanden. In beiden Fällen gilt es, die durch überstürzte und unorganische Ansiedlung entstandenen Mißstände und Elendsquartiere, die absolute hygienische Unzulänglichkeit zu bessern und zu beheben, der in diesen Dingen unerfahrenen eingeborenen Arbeiterschaft bei der Gründung von Gewerkschaften behilflich zu sein, durch die sie ihre Rechte verteidigen, ihre Arbeitsbedingungen und -verträge aushandeln können. — Analoge Probleme, nur in anderer Form, sind dort entstanden, wo europäische Siedlerkolonnen große Plantagen begründeten und sich der Hilfe der Eingeborenen bedienen. Löhne, Wohnverhältnisse, Sonntagsruhe, Dauer der Anstellung, Abschaffung der Züchtigungen, Möglichkeiten eines Familienlebens müssen dort zu Gegenständen von Schutzgesetzen und schriftlichen Arbeitsverträgen werden. Als das dringendste Anliegen erscheint es daneben, den ungeordneten Wanderungen Einhalt zu bieten, denn jedes Jahr werden Tausende durch Ehen und Familie gebundene Arbeiter durch die Aussicht auf bessere Lebensbedingungen verlockt, ihre Frauen und Kinder in den ungesichertsten Verhältnissen zurückzulassen und sich selber den zahlreichen Drangsalen eines Wander- und Siedlerlebens auszusetzen, das häufig moralische Verwahrlosung und Krankheiten mit sich bringt. Es ist auch nötig, sich des unabhängigen Arbeiters anzunehmen, zu überwachen, ob er vom Ertrag seiner Arbeit oder seines

Bodens leben kann, wie er durch die Begründung von Genossenschaften oder durch berufliche Ausbildung seine Einkünfte vergrößern kann. — Das alles ist jedoch nur ein sehr kleiner Abschnitt aus dem vielfältigen und oft verwickelten Komplex der wirtschaftlichen und sozialen Zustände, und es gilt, zunächst überall die wesentliche Problemstellung nach den jeweiligen Verhältnissen abzutasten und dann ein konkretes Programm aufzustellen und zu verwirklichen, das für alle menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen garantiert, jenes Minimum des Daseins, von dem uns Pius XII. sagte, daß es für ein Leben der Tugend unerlässlich sei.

**Der japanische Episkopat über die Lage des japanischen Volkes**

Die japanischen Bischöfe erließen unter dem Datum vom 22. August einen gemeinsamen Hirtenbrief, in dem sie auch über die Lage Japans sprechen.

Sie befassen sich zunächst mit der materiellen Lage.

„Es ist eine tragische Tatsache“, so schreiben sie, „daß unsere Städte und unsere Wohnungen erst teilweise wieder aufgebaut sind, während unser Wirtschaftssystem aus den Fugen geraten ist und das Elend der unteren und mittleren Schichten täglich mit der wachsenden Inflation zunimmt. Viele unserer Gläubigen haben Väter, Gatten und Söhne verloren, und manche wissen noch immer nichts über das Schicksal ihrer Angehörigen, die sich noch in Gefangenschaft befinden. Das Volk in unseren Städten und die unglücklich Repatriierten leiden noch immer unter Unterernährung und oft unter tatsächlichem Hunger. Krankheiten suchen das Land heim, die Geißel der Tuberkulose bedroht uns noch mehr als früher.“

Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der größere Teil der Welt ebenso leidet wie wir und daß viele aus unserem Volke nicht ohne Schuld sind für die Uebel, die das gegenwärtige Chaos verursacht haben.

Es ist wesentlich, für die Errichtung einer echten sozialen Gerechtigkeit zu arbeiten. Unsere erste Pflicht ist es, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, um den verheerenden schwarzen Markt zu unterdrücken. Harte Arbeit ist der einzige Weg, den Schwierigkeiten zu begegnen. Selbst unter den Gläubigen sind die mutigen und weitsichtigen sozialen Grundsätze, die von den Päpsten ausgegeben worden sind, noch weitgehend unbekannt... An der Wurzel unserer gegenwärtigen Not und Unzufriedenheit aber liegt das Fehlen der Liebe.“ Über die geistige Situation sagt der Hirtenbrief folgendes:

„Der größere Teil unseres Volkes besitzt keine Grundlage, auf der sie ihre Weltanschauung abbauen könnten. Sie besitzen keine echte Stufenleiter der Werte... Eine kurze Zeitlang trat ein fanatischer Nationalismus in den Herzen vieler an die Stelle des Glaubens und der Religion. Die Niederlage unseres Volkes hat gezeigt, wie wenig man irdischen Idolen vertrauen kann. Aber die Zerstörung jener unheilvollen falschen Lehren hat eine Lücke hinterlassen. Falsche Propheten stehen auf, verführerische Schlagworte werden geprägt und es besteht Gefahr, daß unser Volk wieder in die Irre geführt wird. Unsere Gläubigen laufen wenig Gefahr, von der rohen Lehre des Kommunismus selber eingefangen zu werden, aber sie sind wahrscheinlich nicht immer imstande, dasselbe Gift in dem Materialismus und dem wissenschaftlichen Positivismus wahrzunehmen, die ihm indirekt den Weg bereiten.“

Aus intellektuellen Irrtümern entstehen sittliche Fehlentscheidungen und das sittliche Absinken ist tatsächlich eines der traurigsten Schauspiele des heutigen japanischen Lebens. Das Wort Demokratie liegt auf den Lippen vieler. Aber die Demokratie wird in Japan nur in dem Maße blühen, in dem wir die ihr zugrundeliegenden christlichen Begriffe in unserem Leben verwirklichen.“

Die Bischöfe wenden sich dann gegen einige akute Gefahren des japanischen Lebens, zunächst einmal gegen die Vergnügungssucht, die auch in Japan auf den Zusammenbruch gefolgt ist. Sie nehmen dann Stellung gegen die Koedukation, die von vielen Amerikanern für das japanische Erziehungswesen empfohlen wird, aber nach Meinung der Bischöfe dem Stand der japanischen Entwicklung und dem japanischen Wesen nicht entspricht. Als eine besonders dringende Gefahr empfinden sie die Propaganda für Geburtenkontrollé, die im Lande immer mehr um sich greift. Dazu sagen sie:

„Gott möge geben, daß unsere Nation, die so vieles verloren hat, nicht den Glauben an sich selbst und an die Zukunft ihrer Kinder verliere. Die Katholiken können die materiellen Vorteile einer sicheren Existenz nicht den Geboten Gottes vorziehen... Wir haben die Empfindung, die Frage der Bevölkerung könne durch eine rationalere und wirtschaftlichere Ausnutzung unseres Bodens und durch Auswanderung gelöst werden. Wir sehen mit Vertrauen nicht nur zu unserer Regierung auf, sondern auch zu dem guten Willen der Staatsmänner der Welt, damit diese Hoffnung verwirklicht werden könne.“

Zum Schluß schreiben die Bischöfe angesichts der geringen Zahl der japanischen Katholiken: „Es ist wenig, was wir als winzige Herde in Japan tun können, um die Geschicke unseres Volkes unmittelbar zu beeinflussen. Aber wir sind stark im Glauben, der selbst Berge versetzen kann. Durch die Stärke unseres Glaubens an Gott und seine Kirche können wir bewirken, daß das Licht in die Dunkelheit der materiellen und sittlichen Leiden unseres geliebten Vaterlandes leuchte.“

**Katholische Mission in Japan** Der Salesianerpater Marega aus dem Missionsgebiet von Miyazaki berichtete anläßlich eines Besuches beim Heiligen Stuhl, wo er eine auf Grund neu aufgefundener Dokumente von ihm unternommene Untersuchung über die Märtyrer von Nagasaki (im 17. Jahrhundert) überreichte, über den Stand der japanischen Missionen:

„Die Schwierigkeiten, die die Verkündigung des Evangeliums bisher behinderten, sind nicht so weitgehend beseitigt, wie es einige optimistische Berichte vermuten lassen. Das Apostolat bleibt weiterhin schwierig und dringt nur langsam vor. Das größte Hindernis ist nicht der Buddhismus, sondern der Schintoismus. Nur der Staatsschintoismus ist durch die amerikanischen Militärbehörden unterdrückt worden, während der in zwölf Sekten aufgespaltene Volksschintoismus noch weiterbesteht und sich sogar zur Zeit, sowohl als Naturreligion wie auch als Ausdruck des verdrängten Nationalgefühls neu belebt.

Ein weiteres Hindernis sind die systematischen Angriffe einiger protestantischer Sekten, vor allem der Adventisten, auf den Katholizismus, die ihre Verleumdungen vor allem durch Flugschriften und öffentliche Versammlungen verbreiten. Hinzu kommt noch die antikatholische

Propaganda der Kommunisten, die vor allem durch ihre Presse wirksam ist, obwohl die Kommunisten in Japan nicht sehr zahlreich sind und nur fünf Abgeordnete im Parlament besitzen.

Jedoch bestehen daneben für das Missionsapostolat jetzt auch besonders günstige Umstände. So hat die Atmosphäre der Freiheit, die man endlich in Japan zu spüren beginnt, dazu beigetragen, daß viele Katechumenen, die seit langem in der katholischen Lehre unterrichtet sind, jetzt ihre Konversion vollziehen.

Vor allem beginnt man aber auch nun, das wahre Gesicht der katholischen Kirche zu erkennen. Die Zeitungen, auch die der großen Städte, haben berichtet, was katholische Missionare getan haben und noch tun, um die Not des japanischen Volkes zu lindern, wie die Einrichtung von Waisenhäusern, Hospitälern und Volkspeisungen.

Das Ansehen des Vatikans in Japan ist seit den Kriegzeiten ständig gestiegen, vor allem wurde das Einschreiten Papst Pius' XII. gegen Mißstände jeder Art und gegen jeden ihrer Urheber geschätzt, ob er sich den unzähligen, durch den Krieg hervorgerufenen Leiden wandte, oder ob er bewegende Aufrufe für den Frieden und die Einheit erließ.

So kann man der Entwicklung der katholischen Mission in Japan trotz aller Schwierigkeiten zuversichtlich entgegensehen, abgesehen von der schweren Krise, die die Missionen gegenwärtig durch den Mangel an Nachwuchs erleiden.“

#### **Der Katholizismus in Indien**

Die englische katholische Wochenzeitung „Catholic Herald“ (Nr. 3214) veröffentlicht die folgenden Angaben über die Zahl der Katholiken im neuen Indien:

Dominion Indien: Gesamtbevölkerung 280 Millionen, Katholiken 4 335 000 (in 44 Diözesen), Priester 4 600, Klosterfrauen 10 000, Brüder 700.

Dominion Pakistan: Gesamtbevölkerung 61 500 000, Katholiken 162 000 (in 7 Diözesen), Priester 200, Klosterfrauen 500, Brüder 50.

Unabhängige Staaten: Gesamtbevölkerung 23 500 000, Katholiken 90 000 (in 3 Diözesen), Priester 160, Klosterfrauen 300, Brüder 75.

Unter den 4960 Priestern gibt es nach anderen Quellen 3480 Eingeborene, darunter 15 Bischöfe.

#### **Religiöse Lage in der neuen Republik Ost-Indonesien**

Ost-Indonesien ist der erste Staat des künftigen „Bundes der indonesischen Republiken“. Er besteht aus allen

Inseln östlich und südlich einer Linie, die zwischen den Inseln Java und Bali hindurch, nach Nordosten durch die Meerenge von Makassar, durch das Meer von Celebes und weiter nordöstlich zwischen der Insel Mindanao und dem kleinen Archipel von Mianga hergeht und nur die portugiesische Insel Timor und Neu-Guinea ausschließt.

Dieser neue Staat hat jetzt seine Verfassung erhalten. Vom Standpunkt der katholischen Mission ist der dritte ihrer 24 Artikel der wichtigste. Er lautet: „Der Staat Ost-Indonesien hat die Pflicht, die grundlegenden Rechte des Volkes zu garantieren, inclusive das der Freiheit der religiösen Propaganda in den vom Gesetz festgelegten Grenzen und kraft seiner, im Interesse des Friedens und

der Ordnung; er hat außerdem die Pflicht, über eine gerechte Behandlung der Minderheiten zu wachen“.

Damit ist der Artikel 177 des „politischen Statuts von Niederländisch-Indien“ von 1854, der immer ein Hindernis für die Glaubensverkündigung dargestellt hat, abgeschafft. Dieser Artikel lautete: „1. Die christlichen Lehrer, die katholischen Geistlichen und die protestantischen Pfarrer müssen sich eine besondere Ermächtigung beim Generalgouverneur oder seinen Vertretern beschaffen, um ihre Funktionen in irgend einem Teil von Niederländisch-Indien auszuüben. 2. Sollte sich diese Ermächtigung als schädlich erweisen oder die mit ihr verknüpften Bedingungen nicht gehalten werden, so hat der Generalgouverneur das Recht, sie zu widerrufen“.

Dieser zweite Paragraph ist die Quelle ernster Schwierigkeiten gewesen, insofern er dem Generalgouverneur freie Hand gab zu entscheiden, ob die gleichzeitige Anwesenheit von katholischen und protestantischen Missionaren in einer bestimmten Gegend Anlaß zu Verwicklungen geben könnte. Der Erfolg davon war, daß gewisse Gebiete den katholischen Missionaren vollkommen verschlossen blieben.

Das neue Gesetz hat den Vorteil, die missionarische Tätigkeit nicht mehr von der Willkür von Beamten abhängig zu machen. Die Behörde kann jetzt nur noch eingreifen, wenn durch die religiöse Propaganda wirklich Unordnungen entstanden sind, nicht mehr, wenn sie nur befürchtet, es könnten Unordnungen entstehen.

Die neue Republik hat vier apostolische Vikariate: die kleinen Sunda-Inseln und Holländisch-Timor, das den Missionaren vom Göttlichen Wort anvertraut ist; Manado in Nord-Celebes und Holländisch-Neu-Guinea, die den Missionaren vom Allerheiligsten Herzen unterstehen und die apostolische Präfektur von Makassar im Süden von Celebes, die den Scheutvelder Missionaren untersteht.

## Ökumenische Nachrichten

**Das ökumenische Institut in Boissey**

Das ökumenische Institut in Boissey sieht jetzt auf eine einjährige Tätigkeit zurück. Während dieses Jahres

fanden zwei, jeweils drei Monate dauernde Kurse für Laien, einer für Pastöre und Theologiestudenten, ein weiterer für Führer der christlichen Jugendbewegungen statt. Diese Veranstaltungen haben der Leitung des Institutes Gelegenheit gegeben, gewisse Erfahrungen zu sammeln, die für das zweite Jahr seiner Tätigkeit ausgenutzt werden können.

Eine der Schwierigkeiten, auf die die Arbeit gestoßen ist, stellte sich erst im Laufe des Jahres heraus: während die ersten Veranstaltungen gut besucht waren, ließ die Teilnahme im Laufe des Jahres sehr stark nach. Das ist auf zwei Gründe zurückzuführen: 1. Die Kurse, die auf drei Monate festgesetzt waren, sind zu zeitraubend, da es für viele Laien schwierig ist, sich drei Monate aus ihrem Beruf zu lösen. 2. Diese Schwierigkeit wird noch dadurch verstärkt, daß das Institut seine Arbeit so auffaßte, daß sie die Teilnehmer nicht für irgendwelche bestimmte Zwecke der kirchlichen Arbeit ausbildete, sondern ihnen eine allgemeine umfassende religiöse und ökumenische Bildung zu vermitteln suchte.

Infolge dieser Schwierigkeiten hat sich das Institut entschlossen, im Jahre 1948 die Dauer der Kurse auf sechs Wochen abzukürzen. Vom 15. Januar bis 29. Februar

1948 findet ein Kurs für Laien statt, der sich mit den Fragen der Evangelisation befaßt und also versucht, eine Ausbildung für ein konkretes Wirken dieser Laien in ihren Kirchen zu geben. Ein Kursus für die Führer der Jugendbewegungen wird vom 22. April bis 14. Mai stattfinden, ein weiterer für junge Pastöre vom 8. bis 30. Juni und für Theologiestudenten vom 5. bis 23. Juli.

Ein besonderes Gewicht wird das Institut im kommenden Jahre auf die Veranstaltung von Zusammenkünften christlicher Laien legen, die im Berufsleben stehen. Diese Veranstaltungen versuchen jene Kluft zu überbrücken, die in der modernen Welt zwischen dem geistlichen Leben und der täglichen beruflichen Existenz der Christen, zwischen dem Leben der Kirche und dem der Welt, zwischen den Theologen und den Laien entstanden ist. Vom 26. bis 30. März wird eine Zusammenkunft von Industriellen und Kaufleuten stattfinden, vom 8. bis 13. April von Politikern, vom 27. Juli bis 2. August treffen sich Universitätsprofessoren und vom 15. bis 30. August Lehrer der höheren Schulen. Damit wird die Arbeit fortgesetzt, die im vergangenen Jahr mit Zusammenkünften von Ärzten und Lehrern schon begonnen hat.

Die Leitung des Institutes, die bis jetzt in den Händen von Suzanne de Dietrich und Pastor Henriod lag, wird 1948 von dem holländischen Theologieprofessor Kraemer, der vom ökumenischen Kirchenrat zum Direktor des Institutes ernannt worden ist und der außer durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der Missionswissenschaft auch als führende Persönlichkeit der ökumenischen Bewegung wohl bekannt ist, verstärkt werden.

**„Glaube und Ordnung“** Auf der Sitzung des Abwicklungsausschusses der Bewegung „Glaube und Ordnung“ (Faith and Order), die

im August 1947 in Clarens in der Schweiz stattfand, wurde beschlossen, daß sich die Bewegung dem Weltkirchenrat, der im Jahr 1948 auf der in Amsterdam stattfindenden Weltkirchenkonferenz konstituiert werden soll, anschließen wird. Der vorläufige Ausschuß für den Weltkirchenrat, der die Konferenz vorbereitet, ist ja als Ergebnis der beiden ökumenischen Konferenzen von 1937, die von den Bewegungen „Leben und Arbeit“ (Life and Work) und „Glaube und Ordnung“ in Edinburg abgehalten wurden, entstanden, und es liegt daher in der natürlichen Entwicklung der Dinge, daß diese beiden Bewegungen nunmehr in die umfassendere Körperschaft eingebaut werden.

**Internationale Zusammenkunft von Bibelübersetzern**

Die niederländische Bibelgesellschaft hat vom 16. bis 21. Oktober 1947 in Woudschoten bei Zeist eine internationale Zusammenkunft von Bibelübersetzern durchgeführt, auf der Vertreter folgender Länder anwesend waren: Dänemark, England, Holland, Island, Norwegen, Schottland, Schweden, Schweiz, USA. Die Konferenz empfahl u. a. den Übersetzern, für das Alte Testament vom masoretischen Text und für das Neue Testament von der Nestle-Ausgabe auszugehen.

**Die anglikanische Kirche und das „South India Scheme“**

Wir haben im ersten Jahrgang Heft 6/7 der Herder-Korrespondenz über die Stellungnahme des Erzbischofs von Canterbury zu der Vereinigung der vier anglikanischen Diözesen Südindiens mit der Unterten Kirche Südindiens und der indischen Methodisten-